

Wortlautprotokoll des Grossen Rats des Kantons Graubünden

Dienstag, 19. April 2022
Eröffnungssitzung

Vorsitz:	Standespräsidentin Aita Zanetti
Protokollführer:	Patrick Barandun
Präsenz:	anwesend 115 Mitglieder entschuldigt: Della Cà, Pajic, Renkel, Widmer (Felsberg)
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

Eröffnungsansprache der Standespräsidentin

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Hätte ich Sie in der Februarsession gefragt, was Sie mit den Farben Blau und Gelb assoziieren, hätten Sie je nach Region und Präferenz vielleicht Ihren bevorzugten Sportclub, Ihre Gemeinde, ein Getränk, Ihre Lieblingsblumen genannt. Die Farben Blau und Gelb stehen seit dem 24. Februar 2022 als Symbol für ein Land, welches von seinem mächtigen Nachbarn völkerrechtswidrig mit dem Ziel der Annexion angegriffen wurde, für ein Land, welches sich mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln wehrt. Seit dem 24. Februar 2022 herrscht Krieg in Europa. Von einem Tag auf den anderen müssen sich die Menschen in der Ukraine um Leib und Leben sorgen. Sie müssen ihr Zuhause in Richtung ungewisse Zukunft verlassen, das Liebste, ihre Heimat, zurücklassen. Väter und Söhne, die zuvor Teil der zivilen Gesellschaft waren, werden zu Soldaten. Familien werden auseinandergerissen. Der Abschied fällt besonders schwer. Die Bilder von zerbombten Städten lassen uns das Ausmass der Zerstörung erahnen. Die Schrecken dieses Krieges sehen wir tagtäglich. Hinter der Zahl der zivilen und militärischen Opfer stehen Menschen. Dank oder wegen den sozialen Medien erhalten diese Opfer eine Identität, ein Gesicht und einen Namen. Ihre persönliche Geschichte wird mit der Welt geteilt. All diese Bilder machen uns betroffen, wütend, hilflos und sprachlos. Sie erinnern mich an die schwarzweissen Bilder der Zerstörung in den Geschichtsbüchern, jedoch im Heute und in Farbe.

Vi confesso che prima del 24 febbraio non mi aspettavo, né credevo fosse possibile, questa escalation di violenza e distruzione nell'Europa del XXI secolo. Il fatto che valori che ritengo fondamentali come la protezione della popolazione civile, l'accesso agli aiuti umanitari per le vittime, la possibilità di procedere a evacuazioni non vengano rispettati mi lascia senza parole. Mi riesce difficile riordinare i miei pensieri e trovare le parole giuste. Sono tante le cose che non vengono menzionate. Ciononostante spero di poter dare il mio contributo. Qui e ora mi mancano la distanza temporale ed emotiva per poter

collocare gli eventi in modo storicamente corretto o scientifico.

Die Flagge der Ukraine, azurblau und golden, Europas Kornkammer unter einem strahlend blauen Himmel, führt uns vor Augen, dass derzeit auf den Feldern der Ukraine weder ans Säen noch ans Ernten zu denken ist, dass bestes Ackerland nicht nur brachliegt, sondern Schauplatz kriegerischer Auseinandersetzungen ist. Gleichzeitig erinnert die Flagge daran, dass vieles, was wir in unserem Land geniessen dürfen, nicht selbstverständlich ist. Unser auf föderalistischen Strukturen aufgebautes Staatswesen ist einmalig. Die historisch belegte und bewusste Rücksichtnahme auf die Minderheiten in unserem Land ist für mich gleichbedeutend mit dem Begriff der Willensnation. Die direkte Demokratie, das Subsidiaritätsprinzip und der soziale Frieden sind kostbare Errungenschaften, zu denen wir Sorge tragen müssen. Mit Blick auf die Kornkammer erhalten Überlegungen zur Selbstversorgung eine besondere Bedeutung. Aber auch Fragen in Bezug auf die Sicherheit unseres Landes, sprich die Landesverteidigung, die Gestaltung und Stärkung der Armee erhalten mit Blick auf Osteuropa eine ganz andere Dimension und Dringlichkeit.

Und auch dies sei hier, wenn auch kurz, erwähnt: Als Wahl- und Stimmberechtigte können wir im Mai über die Zusammensetzung unseres Parlaments und unserer Regierung für die nächsten vier Jahre entscheiden. Die Ausgangslage ist spannend und die Bevölkerung hat die Wahl. Sie steht jedoch auch in der Pflicht, mit einer aktiven Teilnahme am Wahlverfahren die Demokratie zu stärken. Dabei können wir uns alle auch auf die Grundwerte unserer Gesellschaft, die sich wiederum in unserem Grundgesetz, der Kantonsverfassung, widerspiegeln, berufen. Ich zitiere deshalb den Anfang unserer Kantonsverfassung vom 14. September 2003: «Wir, das Volk des Kantons Graubünden, im Bewusstsein unserer Verantwortung vor Gott sowie gegenüber den Mitmenschen und der Natur, im Bestreben, Freiheit, Frieden und Menschenwürde zu schützen, Demokratie und Rechtsstaat zu gewährleisten, Wohlfahrt und soziale Gerechtigkeit zu fördern und eine gesunde Umwelt für die künftigen Generationen zu erhalten, in der Absicht, die Dreispra-

chigkeit und kulturelle Vielfalt zu fördern und als Teil des geschichtlichen Erbes zu bewahren, geben uns folgende Verfassung: Art. 1 Der Kanton Graubünden ist ein freiheitlicher, demokratischer und sozialer Rechtsstaat.» Diese ersten Zeilen bilden das Fundament unserer Gemeinschaft, unserer *cumünanza*, und diese Gemeinschaft hat in den letzten Wochen eindrücklich bewiesen, dass ihre Werte auch gelebt werden. Die Hilfsbereitschaft der Bündnerinnen und Bündner, die Fantasie bei der Gestaltung der Hilfsaktionen, die breite Palette an privaten Initiativen berühren mich zutiefst. Die Bereitschaft, mit fremden Menschen die eigenen vier Wände zu teilen, zusammenrücken im besten Sinne des Wortes, stimmen mich demütig. Die vorerst lähmende Starre und das Unverständnis wurden in konkrete und unmittelbare Hilfe umgewandelt, eine nicht hoch genug einzuschätzende Solidarität.

Sco segn da solidarità cun l'Ucraina ha la Regenza dal chantun Grischun fat üna donaziun da duatschientmilli francs ad ouvras umanitaras arcugnuschüdas. Eu tilla ingrazch cordialmaing per quai. Seguind a l'exaimpel da la Regenza han decis divers cumüns da dunar munaida a favur da las victimas. Eir per quai as dessa ed as haja da savair grà. Güst ils cumüns saran confruntats in connex cun las persunas chi'd han stuvü fägir cun bleras sfidas.

Mit der gelebten und überwältigenden Solidarität haben es die Bündnerinnen und Bündner geschafft, die Farbe Blau und Gelb so zu vermischen, dass daraus eine grüne Wiese mit der leisen Hoffnung auf eine friedliche Zukunft, dem Gefühl der Geborgenheit, der Sicherheit und der Freiheit entstanden ist. Stellvertretend für die vielen grossen und kleinen, einmaligen und wiederkehrenden Hilfsaktionen möchte ich an dieser Stelle den Schülerinnen und Schülern der fünften und sechsten Klasse aus Sent, die zusammen mit ihrem und meinem Lehrer auf der Tribüne sitzen und die Ende März 2022 mit einem Aperitif, bestehend aus Tee, Sirup und selbsthergestellten 182 Brötchen, an einem Freitagnachmittag über 4000 Franken zugunsten der Opfer gesammelt haben, von ganzem Herzen danken. *Charas scolaras e chars scolaras. Vos avais muossà cha cun l'iniziativa e'l plaschair da tour svesa per mans qualchosa esa pussibel da ragiund-scher ün success inaspettà. Vos avais fat la pasta dals panins, avais survgni la charn e'l chaschöl per tils implir, avais fat e pichà oura placats, preparà l'aperitiv a Schigliana e vendü là voss prodots. Tuot quai avais vos fat insembel e da cumpagnia. Ed eu sun persvasa, cha vos avais eir badà, cha mincha donaziun ha sia valur e cha quella nu dependa be da l'otezza da l'import. Cun vossa acziun eschat exaimpel per nus creschüts ed eir per quai as ingrazch eu fich.*

Solche privaten und gemeinsamen Solidaritätsbekundungen und Hilfsaktionen stimmen mich zuversichtlich, dass die Gemeinschaft, sei sie in einer Klasse, einem Verein, in einem kleinen Bergdorf, einer grossen Stadt oder länderübergreifend, sich erfolgreich gegen rein machtgesteuerte kriegerische Ansprüche durchsetzen kann. Deshalb wage ich am Schluss meiner Ausführungen die These aufzustellen, dass der Anspruch, die Macht durch Gewalt zu erringen, langfristig scheitern wird. *Dichiaro aperta la sessione di aprile. Applaus.*

Totenehrung

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Thomas Deplazes ist am 21. Januar 2022 im Alter von 89 Jahren gestorben. Er wurde am 24. März 1932 geboren und wuchs zusammen mit drei Geschwistern in Surrein auf. Nach Erlangen der technischen Maturität am Kollegium in Schwyz im Jahre 1954 absolvierte Thomas Deplazes an der ETH das Bauingenieurstudium und erwarb das Ingenieurdiplom ETH/SIA. 1962 gründete er sein eigenes Bau- und Ingenieurbüro in Chur, das er erfolgreich und engagiert bis ins Jahre 2000 führte. Der Ehe mit der Lehrerin und Musikerin Elisabeth Hauser entsprossen drei Kinder. Thomas Deplazes wurde 1969 von der Bevölkerung des Kreises Chur in den Grossen Rat gewählt, in welchem er bis 1983 Einsitz nahm. Seine politischen Maximen waren Fortschritt und Entwicklung. Die spätere Gründung der Höheren Fachschule Südostschweiz war nicht zuletzt auf seine mit grossem Engagement verfolgte Vision einer Hochschule der Ökonomie in Chur zurückzuführen. Thomas Deplazes war zudem mehrere Jahre Mitglied des Verwaltungsrats der RhB. Auch nach seiner Pensionierung arbeitete er aktiv an Restaurationsprojekten weiter, war täglich unterwegs und unter Leuten und genoss die Gesellschaft seiner Familie. Thomas Deplazes stand im Ruf eines offenen, bescheidenen und gelassenen Menschen mit einer realistischen und dennoch optimistischen Sichtweise. Das Wirken des Verstorbenen zugunsten der Öffentlichkeit war von grosser Umsicht und Einsatzbereitschaft geprägt. Für den Kanton Graubünden hat er sich langjährig und in verdienstvoller Weise engagiert. Dafür gebührt ihm an dieser Stelle der verdiente Dank. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren sowie die Zuschauer auf der Tribüne, sich zu Ehren des Verstorbenen von den Sitzen zu erheben. Bitte setzen Sie sich. Danke.

Sehr geehrte Grossrätinnen und Grossräte, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, der Platz von unserem geschätzten Grossratskollegen Peter Giacomelli ist leer. Sie wissen, er ist am 8. April 2022 gestorben. Im Gedenken an Peter Giacomelli bitte ich Sie, sich für eine Gedenkminute von den Sitzen zu erheben. Bitte nehmen Sie Platz.

Vereidigung erstmals anwesender Stellvertreterinnen und Stellvertreter

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Wir kommen nun zur Vereidigung des erstmals anwesenden Grossratsstellvertreterers. Darf ich Sie bitten, nach vorne zu kommen sowie den Rat und die Zuschauer auf der Tribüne, sich zu erheben? Besten Dank. Die Formel des Eides lautet wie folgt: «Sie als gewähltes Mitglied des Grossen Rates schwören zu Gott, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.» Die Formel des Gelübdes lautet wie folgt: «Sie als gewähltes Mitglied des Grossen Rates geloben, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.» Wenn Sie den Eid leisten, bitte ich Sie, die Schwurfinger zu erheben und mir die Worte des Eides nachzusprechen.

Die Worte des Eides lauten: «Ich schwöre es.» Wenn Sie das Amtsgelübde ablegen möchten, bitte ich Sie, die Worte des Gelübdes nachzusprechen. Die Worte des Gelübdes lauten: «Ich gelobe es.»

Cahenzli (Trin Mulin): Ich schwöre es.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Besten Dank. Ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Bevor wir gemäss Arbeitsplan mit der Beratung zum Neubau des Verkehrsstützpunktes beginnen, möchte ich Sie darüber orientieren, dass zurzeit auf elektronischem Weg eine dringliche Anfrage zur Unterschrift bereit ist. Bis zum Sitzungsschluss wird diese Anfrage offen sein. Wir werden morgen dann als Erstes über die Erheblichkeit dieser Anfrage abstimmen und kurz darüber debattieren.

Neubau Verkehrsstützpunkt der Kantonspolizei, Chur (Botschaften Heft Nr. 10/2021-2022, S. 759)

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Gemäss Arbeitsplan beraten wir nun über den «Neubau Verkehrsstützpunkt der Kantonspolizei, Chur». Für die Beratung dieses Geschäftes wurde eine Vorberatungskommission eingesetzt, welche am 28. März 2022 das Geschäft beraten und Eintreten beschlossen hat. Regierungsrat Cavigelli wird die Regierung vertreten. Für die Beratung wollen Sie bitte das entsprechende Protokoll zur Hand nehmen. Die Botschaft finden Sie im Heft Nummer 10/2021-2022. Ich erteile nun dem Kommissionspräsidenten Grossrat Degiacomi das Wort.

Eintreten

Antrag Kommission und Regierung
Eintreten

Degiacomi: Sie konnten es lesen: Eintreten auf das Geschäft Neubau Verkehrsstützpunkt Kantonspolizei war in der Vorberatungskommission nicht bestritten, und die Vorberatungskommission stellt sich mit einer kleinen formalen Ausnahme einstimmig hinter die Anträge der Regierung. Das Gebäude soll neben seiner Funktion zudem als Vorzeigeprojekt die Bemühungen des Kantons Graubünden zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaneutralität illustrieren. Die Entschlossenheit, welche die Bündner Regierung hierbei an den Tag legt, darf durchaus positiv gewürdigt werden. Die Vorberatungskommission hat dieses Geschäft aber dennoch keineswegs einfach durchgewunken, im Gegenteil. Drei Schwerpunktthemen wurden besonders unter die Lupe genommen. Erstens: der Bedarf. Weshalb ist überhaupt ein neuer Verkehrsstützpunkt nötig? Zweitens: der Bau. Gibt es Mehrkosten für die ökologisch nachhaltige Bauweise, und wenn ja, wie hoch sind diese? Drittens: die Finanzen. Die Baukosten liegen knapp über dem Schwellenwert für das obligatorische Referendum. Sind die Finanzkompetenzen eingehalten?

Wie Sie gehört haben von der Standespräsidentin, hat sich die Vorberatungskommission am 28. März 2022 im Beisein des Generalsekretärs des DIEM, Christian Tannò, Markus Dünner, Kantonsbaumeister, Orlando Nigg, Leiter Projekte im DIEM, und Walter Schlegel, dem Kommandanten der Kantonspolizei, informieren lassen. Regierungsrat Mario Cavigelli musste sich kurzfristig entschuldigen. Ich war an einer Vorbereitungssitzung mit Mario Cavigelli, Orlando Nigg und Markus Dünner, und wir haben insbesondere auch die Frage des Bedarfs ausführlich besprochen. Es war mir deshalb ein grosses Anliegen, dass der Polizeikommandant, der auch auf der Tribüne oben sitzt, den ich an dieser Stelle auch gerne begrüsse, dass er in der Vorberatungskommission Einsitz nimmt und die Konzeption, die hinter diesem Geschäft steht, vorstellen kann und er sich auch kritischen Fragen stellen kann.

Die Kantonspolizei betreibt heute am Hauptsitz in Chur sowie in Thusis, San Bernardino, Davos, Silvaplana und Ilanz sechs Stützpunkte für die verkehrspolizeilichen Aufgaben. Im Gegensatz zu früher wird die Aufgabe der Verkehrspolizei heute nicht mehr einzig in fix vorgegebenen Zuständigkeitsperimetern betrieben, sondern in sich überlappenden Einsatzräumen wahrgenommen. Dadurch können im Bedarfsfall Kräfte schnell gebündelt und präventive Aufgaben, aber auch Einsätze effizient abgewickelt werden. Die Spezialversorgung der Nationalstrassen und insbesondere der A13 zwischen Fläsch und San Vittore gehört dabei zu einer Kernaufgabe. Gerade auf dieser Achse wurde im Rahmen einer Überprüfung von Aufgaben und Leistungen sowie Organisation und Abläufen festgestellt, dass die Aufrechterhaltung von drei Verkehrsstützpunkten in San Bernardino, Thusis und Chur nicht optimal ist. Zusätzliche Problematik ist die Verkehrssituation um den Hauptstützpunkt beim Strassenverkehrsamt an der Ringstrasse in Chur. Diese verhindert oder behindert ein effizientes Ausrücken oft. Als Reaktion auf diese Analyse hat die Bündner Regierung im März 2020 die Zusammenlegung der Verkehrsstützpunkte Thusis und Chur im Sinne eines Grundsatzentscheides beschlossen und das Hochbauamt mit der Ausarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für den Neubau eines Verkehrsstützpunktes Chur Süd beauftragt. Der Verkehrsstützpunkt Thusis umfasst heute acht Stellen. Zusätzlich sollen sieben Stellen vom Verkehrsstützpunkt San Bernardino und 20 Stellen vom bisherigen Verkehrsstützpunkt in Chur an der Ringstrasse beim neuen Stützpunkt zusammengezogen werden. Weil auch eine Einsatzreserve im Wochenrhythmus vom Verkehrsstützpunkt Nord aus in Chur eingesetzt wird, ergibt sich am Schluss ein Gesamtbestand von 50 Mitarbeitenden am neuen Verkehrsstützpunkt. Die Auslagerung von Arbeitsplätzen aus den Regionen nach Chur ist ein heikler Punkt der vorliegenden Botschaft. Die Vorberatungskommission hat sich nicht zuletzt deshalb vom Polizeikommandant Walter Schlegel gerade zu diesem Punkt ausführlich informieren lassen und auch kritische Fragen gestellt. Der Polizeikommandant hat dargelegt, dass der Polizeiposten in Thusis bestehen bleiben wird, der Polizeiposten, im Unterschied zum Verkehrsstützpunkt, und dass alle Beschäftigten des Verkehrsstützpunktes, deren Arbeitsplätze nach Chur verlagert werden, problemlos

am bisherigen Wohnort wohnhaft bleiben und ihrer Tätigkeit im Verkehrsstützpunkt nachgehen können. Der zweite Punkt, den wir vertieft betrachtet haben: Standort und Gebäude. Die Regierung erwarb die Parzelle beim Autobahnanschluss Chur Süd mittels eines Tauschgeschäfts mit der Eidgenossenschaft bereits 2016. Sie befindet sich in der Zone «übriges Gemeindegebiet» und kann aufgrund ihrer Lage und Auflagen des ASTRA nur für sehr eingeschränkte Zwecke dauerhaft genutzt werden. Diese müssten mit dem Unterhalt und dem Betrieb der Nationalstrasse im engen Zusammenhang stehen. Entsprechend tief war auch der Landpreis beim damaligen Tauschgeschäft. Der Standort direkt an der Autobahn einerseits und an den Zubringern Richtung Lenzerheide ist für die verkehrspolizeiliche Aufgabenerfüllung ideal. Auch die hohen Verkehrsbewegungen rund um die Stadt Chur sprechen für diesen zentralen Standort. Der Bau ist auf insgesamt 50 Mitarbeitende im 24-Stunden-Betrieb der KAPO ausgelegt. Es ist ein kompaktes Hauptgebäude mit vier Ober- und einem Untergeschoss geplant. Für künftige Erweiterungen besteht auf dem Areal die Möglichkeit, ein weiteres Gebäude zu erstellen. Für Einsatzfahrzeuge und Mitarbeitende sind genügend Parkmöglichkeiten eingeplant. Die Anreise der Mitarbeitenden mit dem Langsamverkehr und dem öffentlichen Verkehr wird aber im Rahmen eines Programms speziell gefördert. Das Gebäude soll ein Vorzeigebauwerk der Bemühungen des Kantons Graubünden für einen nachhaltigen Umgang mit Energie werden. Es ist deshalb als Netto-Null Gebäude im Minergie-A-Eco® Standard geplant. Als solches Gebäude produziert es mehr Energie, als es verbraucht, und bei der Erstellung wird speziell darauf geachtet, dass nur langlebige, recycelbare und CO₂-arme Materialien zum Einsatz kommen, welche mit nachhaltigem Bauen vereinbar sind. Das Gebäude wird zudem an das städtische Energienetz angeschlossen. Ein Blick in den Jurybericht zeigt, dass der Bau dennoch nicht ein Experiment mit ungewissem Ausgang zu werden droht. Im Fazit zum Siegerprojekt steht, ich zitiere: «Dem Projekt fehlt der innovative Nachhaltigkeitsansatz. Es beschränkt sich auf das bekannte Wesentliche.» Nun, immerhin, mit dem bekannten Wesentlichen wird immerhin 200 Prozent des Eigenbedarfs an Energie produziert. Auch in Unterhalt und Betrieb wird der Nachhaltigkeit ein grosser Stellenwert beigemessen. 45 neue einheimische Bäume und ein nach den Grundsätzen der Biodiversität ausgestalteter Aussenraum werden das Areal künftig zusätzlich auf. Die VBK hat die Frage gestellt, welches die Mehrkosten dieser Bauweise sind und ob sie einem Vergleich mit entsprechenden Gebäuden in der Privatwirtschaft standhalten. Kantonsbaumeister Dünner zeigte der Vorberatungskommission einen Vergleich des neuen Verkehrsstützpunktes mit dem Erstaufnahmezentrum Meiersboden sowie dem Verwaltungszentrum «sinergia» auf. Dieses zeigt, dass die Bauwerkskosten um rund elf Prozent gegenüber Meiersboden, respektive 19 Prozent gegenüber «sinergia» höher sind als diese Vergleichsbauten. Diesen Mehrkosten stehen jedoch markant tiefere Lebenszykluskosten gegenüber. Die Vorberatungskommission interessierte sich für einen Vergleich mit einem Netto-Null-Gebäude der Privatwirtschaft. Dieser Ver-

gleich konnte leider nicht aufgezeigt werden, weil das erste entsprechende Gebäude der Schweiz derzeit erst in der Entwicklungsphase ist. Es ist in Allschwil, Basel-Land, geplant.

Die dritte Frage, mit der sich die Vorberatungskommission intensiv auseinandergesetzt hat, ist die Frage der Finanzkompetenzen und des Finanzhaushalts. Mit Anlagenkosten von 9,8 Millionen Franken liegt der Neubau nur sehr knapp unter der Schwelle für das obligatorische Referendum. Die Vorberatungskommission hat diesem Punkt deshalb besondere Beachtung geschenkt. Mehr dazu werde ich noch bei der Beratung der Botschaft aufzeigen. Beim Eintreten vielleicht nur so viel: Die Kostenprognosen wurden mit den üblichen Standards ermittelt, und die Indexierung der Baupreise ist ebenfalls ein Standard, den der Grosse Rat und das Stimmvolk in allen Vergleichsneubauprojekten der jüngeren Vergangenheit genehmigt hatten. Als Beispiele: Verwaltungsneubau «sinergia», Justizvollzugsanstalt Cazis Tignez, das Tagungszentrum Plantahof, das wir heute noch besuchen dürfen, und das Erstaufnahmezentrum Meiersboden. Die Vorberatungskommission nahm bei der Vorberatung die grundsätzliche Haltung entgegen, dass der bewilligte Kreditrahmen, wie in der Vergangenheit auch, unbedingt eingehalten werden soll, und dass die Kompetenzen der Regierung Optimierungen ermöglichen sollen, um dieses Ziel zu erreichen. Erst wenn dies nicht möglich ist, ist ein Nachtragskredit überhaupt ein Thema. Dieser würde gegebenenfalls zu einem obligatorischen Referendum führen.

Geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, im Sinne der Ausführungen der Erwägungen aus der Vorberatungskommission bitte ich Sie, auf die Vorlage einzutreten.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Besten Dank für Ihre Ausführungen. Gibt es weitere Wortmeldungen seitens der Kommission? Grossrat Engler, Sie haben das Wort.

Engler: Vieles wurde von Seiten des Kommissionspräsidenten bereits erklärt, und auch ich unterstütze das Geschäft über den Neubau des Verkehrsstützpunktes der Kantonspolizei in Chur-Süd voll und ganz. Alle offenen Fragen wurden während der Vorbereitungssitzung sehr gut und klar beantwortet. Für mich war es zu Beginn der Sitzung fraglich, ob die Aufhebung des Stützpunktes Thuis für die Sicherheit der A13, welche doch von der Raststätte Heidiland bis San Vittore durch unseren Kanton führt, weiterhin sichergestellt ist und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht unnötig im Kanton herumfahren. Dies wurde von Seiten des Polizeikommandanten mit der von der Regierung im Jahre 2020 verabschiedeten Strategie der Kantonspolizei und die zusätzlichen Erklärungen über die Einsatzzeiten und Wege zu meiner vollen Zufriedenheit beantwortet. Auch wurde die so verbesserte Einsatzbereitschaft für die Achse in die Lenzerheide und im Bündner Rheintal sowie auch auf der A13 erreicht. Die zweite grosse Frage, welche ich mir stellte, waren die Kosten, welche mit 9,8 Millionen Franken knapp unter der Grenze von 10 Millionen Franken, welche eine Volksabstimmung notwendig gemacht hätte, ausfallen. Auch diese wurde meines Erachtens

vom Leiter des Hochbauamtes klar und verständlich begründet. Ob aufgrund der heute sehr hohen Teuerung im Bau die Kosten eingehalten werden können, ist Kaffeesatzlesen. Aber die Aussage, dass es sich bei diesem Netto-Null Gebäude neben der Leuchtturmfunktion auch erst um das zweite Gebäude dieser Art in der Schweiz handle und deshalb die Kosten auch aufgrund der teuren Bauweise von Beginn weg sehr vorsichtig budgetiert wurden, zeigt mir auf, dass hier die Budgetierung sicher auf der besseren Seite zu stehen kommt und somit auch hier keine Überraschungen auftreten sollten. Somit unterstütze ich das Eintreten und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Cramer: Ich lege zuerst meine Interessensbindungen offen. Sie wissen es, ich bin Präsident des Bündner Kantonspolizeiverbandes, dem rund 600 Mitglieder angehören. Der Neubau Verkehrsstützpunkt der Kantonspolizei in Chur verdient die Unterstützung des Grossen Rates. Wie Sie der Botschaft auf Seite 762 entnehmen können, handelt es sich hierbei um einen strategisch wichtigen Ort, der in unmittelbarer Nähe der Nationalstrasse A13 liegt und auch eine rasche Intervention in Richtung Lenzerheide zulässt. Hier haben die Polizeikräfte die Möglichkeit, rasch zu intervenieren, was vor allem dann wichtig ist, wenn in der Stadt Chur dichter Verkehr herrscht und ein Vorwärtskommen, namentlich im Feierabendverkehr, nur schwerlich möglich ist. Vor diesem Hintergrund zu begrüssen ist auch die Auslagerung der Verkehrspolizei aus dem Kommando an den neuen geplanten Standort. Freilich besteht ein grosser Wermutstropfen darin, dass mit dem neuen Verkehrsstützpunkt 15 Arbeitsplätze von Thusis nach Chur verlegt werden und, wie uns auf Nachfrage hin in der Kommissionssitzung erläutert wurde, drei bis fünf Arbeitsplätze von San Bernardino nach Chur, diesbezügliche Ausführungen fehlten jedoch in der Botschaft auf Seite 762.

Eine Grundsatzdebatte indessen über die Kantonspolizei wäre hier fehl am Platz, da diese bereits von der Regierung und vom zuständigen Departement festgelegt wurde. Man kann diese teilen oder nicht, aber sie wurde von der Regierung festgelegt. Leider war es nämlich dem Parlament bisher auch nicht möglich, über die Organisation der Kantonspolizei zu diskutieren, da der Polizeibericht 2015plus von der Regierung verabschiedet wurde und es sich hierbei um ein Regierungsgeschäft, um eine operative Tätigkeit, im Wesentlichen handelt. Zumindest gewisse Fragezeichen bestehen tatsächlich, ob es richtig ist, den Verkehrsstützpunkt Thusis gänzlich zu schliessen oder ob hier nicht gewisse Büroräumlichkeiten für den Verkehrsstützpunkt, für die Gruppe beibehalten werden könnten und müssten, zumal die Interventionsmöglichkeiten beschränkt sind durch den San Bernardino-Tunnel und durch den Isla-Bella-Tunnel. Allenfalls kann dazu auch der Polizeidirektor noch gewisse Ausführungen machen. In der Kommission haben wir nämlich auch darüber diskutiert. Nichtsdestotrotz ist der vorgesehene Standort am Autobahnanschluss zu begrüssen. Einerseits aufgrund seiner Lage direkt neben der Autobahn, andererseits, weil mit diesem Neubau nicht wertvolles Kulturland verloren geht. Es handelt sich bei der Parzelle 5300 im Grundbuch der Stadt Chur um

brachliegendes Land mit einer Fläche von 4539 m², welche dem übrigen Gemeindegebiet zugeordnet sind. Ich verweise dazu auf Seite 763 der Botschaft. Man kann sich nun durchaus fragen, wie ein Neubau im übrigen Gemeindegebiet, das gemäss Definition des kantonalen Raumplanungsgesetzes eine Nicht-Bauzone darstellt, realisierbar ist. Man kann sich auch fragen, ob hierfür nicht eine Umzonung notwendig wäre, da, wir wissen es alle, es sehr schwierig ist, ausserhalb der Bauzone Neubauten zu realisieren. Nun, wir wurden in der Kommission darauf hingewiesen und aufgeklärt, dass der Neubau des Verkehrsstützpunktes direkt auf die Nationalstrassensetzgebung und damit in einem Plangenehmigungsverfahren bewilligt wird und erfolgt, sodass eine Umzonung nicht notwendig ist.

Zum Gebäude an sich ist in positiver Hinsicht zu würdigen, dass der Nachhaltigkeit und den Grundsätzen des Green Deals, welchen dieses Parlament verabschiedet hat, hohes Gewicht beigemessen wird. So soll ein Netto-Null Gebäude entstehen, von denen es nur wenige Vergleichsobjekte oder ein einziges, das bereits realisiert wurde, in der Schweiz besteht. Der Kommissionspräsident hat darauf hingewiesen. Die Ausschreibung soll diesen Herbst beginnen und nach dem neuen Beschaffungsrecht erfolgen, das der Grosse Rat in der Dezembersession 2021 beschlossen hat. Sie mögen sich an die Debatte erinnern. Es sei an dieser Stelle betont, dass bei den Zuschlagskriterien grösstmöglich darauf geachtet werden soll, das einheimische Unternehmen berücksichtigt werden können. Mit dem Bewertungskriterium Nachhaltigkeit stehen die dafür notwendigen Grundlagen durchaus zur Verfügung. Zudem erhält neu das vorteilhafteste Angebot den Zuschlag und nicht mehr einfach das wirtschaftlich günstigste Angebot. Das Parlament hat in der Dezembersession 2021 deutlich gesagt, dass damit die Hoffnung verbunden ist, dass wir wegkommen von einem Preis- zu einem Qualitätswettbewerb, und diese Erwartung sei an dieser Stelle wiederholt. Aus der Botschaft entnehme ich in positiver Hinsicht, dass die Regierung bereit ist und beabsichtigt, diese neuen Instrumente in diesem Sinne zu nutzen, wie ich ausgeführt habe, was sehr zu begrüssen ist.

Abschliessend noch ein Wort zur Kantonspolizei: Aus Sicht der Kantonspolizei ist der Neubau Verkehrsstützpunkt Chur grundsätzlich zu begrüssen, auch wenn da gewisse Diskussionen selbstverständlich von ausgegangen sind. Die Kantonspolizei erhält damit attraktive neue Arbeitsräume, die für eine zeitgemässe Erbringung der Dienstleistungen, nämlich die Gewährung der inneren und äusseren Sicherheit, notwendig sind. Auf die durchaus bestehenden Fragezeichen betreffend den Verkehrsstützpunkt Thusis habe ich hingewiesen. Es wäre aber falsch, das Geschäft deswegen total abzuschliessen hier im Parlament. Vielmehr plädiere ich dafür, im Rahmen der Umsetzung nochmals zu prüfen, ob und in welchem Umfang ein Verkehrsstützpunkt Thusis allenfalls mit Büroräumlichkeiten oder einer Gruppe dennoch erhalten werden kann. Wichtig ist auch für die Mitarbeitenden am neuen Verkehrsstützpunkt, dass sie über genügend Parkplätze vor Ort verfügen, da die Polizei ein 24-Stunden-Betrieb ist und eine Anreise mit dem öffentlichen Verkehr nicht zu jeder Tages- und Nachtzeit gewährleistet

werden kann. Ich bin für Eintreten und danke Ihnen für die Unterstützung.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Gibt es weitere Wortmeldungen seitens der Kommission? Dann ist das Wort offen für das Plenum. Grossrat Flütsch, Sie haben das Wort.

Flütsch: Die Regierung unterbreitet uns eine Bau- und Finanzvorlage für den Neubau des Verkehrsstützpunktes in Chur. Die Vorlage gewährt einen Einblick in die Gestaltung, die Nutzung, die Lage und die Erscheinung des Neubaus. Ausdrücklich wird auf die Nachhaltigkeit des Neubaus hingewiesen. Ich habe nichts gegen das Gebäude an sich einzuwenden. Und ich bitte Regierungsrat Cavigelli um Nachsicht, dass hier noch eine Diskussion zur Verkehrspolizei angestossen wird. Ich danke Regierungsrat Peyer, dass er hier dazugestossen ist und sich dieser Fragen noch annehmen wird. Aber es ist mir wichtig, dass das Geschäft in dieser Form besprochen werden kann, denn es ist finanziell kein kleines. Was die Vorlage nicht oder bewusst nur vage anspricht, ist der gesamte Fokus der Verkehrspolizei. Die Polizeiarbeit des Kantons Graubünden ist seit eh und je stark mit dem Verkehr verbunden. Der grosse Teil der Wohnbevölkerung des Kantons Graubünden, vor allem in den Regionen der A13 entlang, verbindet Sicherheit, Personenkontrollen, Verkehrsüberwachung usw. mit der Verkehrspolizei. Denn diese übernimmt auch, weil sie im 24-Stunden-Dienst und im Patrouilleneinsatz arbeitet, die Ersteinsätze bei telefonischen Aufgebots durch die Bevölkerung, und erst dann werden Spezialisten, Kripo und Spezialdienste beigezogen. Die Verkehrspolizei ist das zentrale Element der Sicherheit.

Mit der Zentralisierung werden die Wege zu den Ereignissen immer länger, wie wir es von diversen Wortmeldungen aus den Südtälern seit längerem kennen. Der Auftrag der Verkehrspolizei mit den jetzigen, bestehenden Stützpunkten Nord, Mitte und Süd, San Bernardino, umfasst 134 km Nationalstrasse. Der Stützpunkt Mitte umfasst die Nationalstrasse Ems bis zum Anschluss Avers, dazu kommt das Domleschg und der Heinzenberg, das Schams, der Schamserberg, das Aversertal bis Juf und der Schin bis Solis. Die neue Struktur mit dem Wegfall des Stützpunktes in Thusis erhöht die Anfahrtszeiten zu den Ereignissen in Mittelbünden wesentlich. Für die Region Viamala Nord und Viamala Süd mit den vielen Tunnels und den Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern ist eine markante Verschlechterung vorprogrammiert. Die heute schon reduzierten Leistungen der Verkehrspolizei, es fehlen zirka zehn Vollzeitstellen gegenüber dem Sollbestand der drei Stützpunkte, lassen nichts Gutes erahnen. Es braucht bei der Verkehrspolizei Präsenz, und zwar dezentral. Am besten, wie es mein Vorredner Reto Crameri angedeutet hat, in Chur, in Thusis und in San Bernardino. Und dies zur Sicherheit an der zweitwichtigsten Transitachse durch die Schweiz.

Für mich sind in der Botschaft zu wenig klare Aussagen und zu wenige Aussagen zur KAPO, was es der KAPO wirklich bringt. Ich habe jetzt einige Sachen gehört, aber es ist für mich immer noch vage, damit man dieses Bau-

werk im Endeffekt so unterstützen könnte. Der Verlust des Stützpunktes Thusis und damit des schnelle Zugangs zur Südseite am Isla-Bella-Tunnel und zu den Tunnels der Viamala wiegt zu schwer. Und die Sicherheit wird hier meines Erachtens nach vernachlässigt. Machen wir einen Stopp und lassen wir uns von der Strategie der KAPO zuerst überzeugen, bevor wir diesen grossen Stützpunkt für zehn Millionen Franken bauen. Oder halten wir am Bewährten fest, stärken wir die Verkehrspolizei zur speditiven Erfüllung ihrer dezentralen Aufgaben mit den nötigen Investitionen bei den bestehenden Stützpunkten, z. B. oder auch inklusive dem Stützpunkt Thusis. Ich bin für Eintreten, kann aber im Moment mit meinem Wissen dem Kredit nicht zustimmen.

Cantieni: Ich habe hier ein Votum vorbereitet, das vor allem die ökologischen und Nachhaltigkeitsaspekte in den Vordergrund stellt. Und so wie die Diskussion im Moment sich verlagert, kommt das vielleicht ein bisschen schräg herein. Aber trotzdem möchte ich der Regierung danken und Folgendes dazu ausführen: Es ist sehr lobenswert, dass die Regierung einen Leuchtturm der Nachhaltigkeit erbauen lassen möchte und dies als Massnahme für den Aktionsplan Green Deal. Der Kanton kommt seinen Vorbildfunktionen nach und durch die exponierte Lage des Gebäudes wird diese auch für viele Menschen sichtbar. Es ist schön, in der Botschaft zu lesen, dass der Kanton beim Bau Minergie-P-Eco[®], den Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz und das 2000-Watt-Areal übertreffen möchte. Das Gebäude soll, wie schon erwähnt, im Minergie-A-Eco[®] Standard erstellt und zertifiziert werden und somit mehr Energie produzieren, als verbraucht wird. Mit dem Bau kann aufgezeigt werden, wie zukünftig ein Gebäude zu bauen und zu betreiben ist, um das Netto-Null-Ziel der Schweiz zu erreichen und damit auch einen Beitrag zum Klimaübereinkommen von Paris vom 12. Dezember 2015 zu leisten. Die Beschreibung der Massnahmen, um das Gebäude besonders nachhaltig zu bauen und zu betreiben, liest sich fast wie ein Ratgeber für ökologisches Bauen. Ich freue mich schon heute auf den Tag der offenen Türe und bin für Eintreten.

Koch: Nachdem wir nun viel zur Wichtigkeit des Projektes gehört haben, erlaube ich mir, Ihnen doch ein paar kritische Gedanken mitzugeben. Vorweg: Wir teilen inhaltlich fast alles, was gesagt wurde, aber die Schlussfolgerungen, welche Sie meist gezogen haben, bis auf einen Vorredner, teilen wir eben nicht. Lassen Sie mich auf zwei Punkte konkret eingehen. Zu den Kosten: Wir haben es vom Kommissionspräsidenten gehört, 9,8 Millionen Franken auf Preisbasis April 2021. Bis im Oktober 2021 hat der Hochbau eine Preissteigerung von fünf Prozent innerhalb eines Jahres erlebt. Von April 2021 bis Oktober 2021 sind es deren drei Prozent oder, auf die Bausumme ausgedrückt, anders gesagt 294 000 Schweizer Franken. Das sind nicht Zahlen der SVP-Fraktion, sondern diese können Sie alle nachlesen beim Bundesamt für Statistik unter der Rubrik Baupreiseindex Sparte Hochbau. Was seit dem Oktober 2021 in diesem Bereich geschehen ist, muss ich hier wohl nicht näher ausführen. Wenn wir uns nun die am heutigen Tag, an dem wir die

Entscheidung treffen müssen, aktuellen Fakten anschauen, sind wir, ohne dass wir spekulieren, was vom Oktober 2021 bis heute passiert ist, über der Zehn-Millionen-Franken-Grenze. Das wissen wir. Das sind Fakten, die belegt sind. Wir sind bei 10,1 Millionen Franken angelangt. Das müssen wir uns hier einfach bewusst sein, wenn wir heute diesem Projekt in unserer eigenen Kompetenz Ja sagen wollen. Wir geben mehr Geld aus, als dass wir dürfen. Erschwerend kommt hinzu, dass wenn wir es nüchtern anschauen, wir noch weit darüber sein werden, da die Preissteigerungsspirale in den letzten Monaten nochmal massiv zugenommen hat.

Und dann noch, das stört mich wirklich auch persönlich, ist der Punkt zwei in diesem Zusammenhang, und zwar die Generalplanung. Die Generalplanung wurde, wie den Medien zu entnehmen war, in die Westschweiz vergeben. Das Risiko wird gross sein, dass viele kleinere Arbeitsgattungen, insbesondere eben aufgrund des enormen Preisdruckes, wenn wir heute zu 9,8 Millionen Franken Ja sagen, nicht hier vergeben werden, sondern wir dann eben auch Autonummern von überallher sehen werden. Oder eben noch schlimmer: Bei Hintergrund- oder Planungsarbeiten gar niemanden sehen werden, die Wertschöpfung aber weg ist. Das werden Sie nicht verhindern können. Die Generalplanung hat hier eben zentral das Heft in der Hand. Es ist für uns als SVP-Fraktion nicht nachvollziehbar, weshalb nicht ein klassischer Architekturwettbewerb getrennt von der Planung und Ausführung durchgeführt wurde. Und dann doch noch etwas zur Nachhaltigkeit, das wir jetzt immer gehört haben. Das regt mich doch ein bisschen zum Schmunzeln an. Der Generalplaner aus der Westschweiz, die wichtigste Schnittstelle auf dem Bau: Wie kommt denn der jeweils auf die Baustelle? Mit Zug oder Bus? Ja, dann viel Spass, dann wird er morgens um 10.00 Uhr hier sein. Und sonst haben Sie eine der wichtigsten Personen oder die wichtigste Schnittstelle, die fast jeden Tag hier sein muss, eben nicht zu dieser Zeit auf der Baustelle, auf den Sie ihn hier haben müssen. Oder er kommt mit dem Auto, und dann sind wir wieder beim Thema Nachhaltigkeit.

Aus diesen Gründen hat sich die SVP-Fraktion eben entschieden, dass wir zwar für Eintreten sind, um die Wichtigkeit des Projektes darzulegen. Wir empfehlen Ihnen aber, das Geschäft zurück an die Regierung zu weisen, nochmals über die Bücher zu gehen, das Vertragskonstrukt zu hinterfragen und eben auch die Finanzkompetenzen sauber zu hinterfragen und das Ganze nochmal sauber und neu aufzulegen.

Danuser: Der vom Hochbauamt vorbereitete Bau ist ein Meilenstein und setzt den Willen des Grossen Rates in Bezug auf den Green Deal in überzeugender Weise um. Auch möchte ich allen Polizistinnen und Polizisten für ihren täglichen Einsatz danken. Nun möchte ich aber doch noch ein paar Bemerkungen zur Verteilung der VSP im Kanton loswerden. Wie schon Kollege Cramer erwähnt hat, konnte der Grosse Rat nicht zur Strategie der Kantonspolizei Stellung nehmen. Das ist nicht ideal. Ihr kennt alle die Nord-Süd-Verbindung, die Autobahn N13. Im Kanton Graubünden beginnt sie in Fläsch und endet in San Vittore. Das sind rund 134 Kilometer Nati-

onalstrasse, beginnend im Rheintal, und führt dann durch die zwei Tunnels ins Domleschg. Ab Thusis dann beginnt der schwierige Teil der Strecke, welche bis San Bernardino zehn Tunnels, mehrere Galerien und viele Mittelteilplanken aufweist. Zwischen San Bernardino und San Vittore ist die steile Rampe für diverse Fahrzeuge eine grosse Herausforderung. Im Moment decken drei Verkehrsstützpunkte diese Strecke ab. Zum einen ist es der VSP San Bernardino, welcher noch in Bauvollendung ist, im Moment noch der VSP Thusis und der VSP Chur. Nun wurde entschieden, dass der VSP Thusis nach Chur an den Neubau umgesiedelt werden soll. Hier soll nochmals zusätzlich zentralisiert werden. Eine dezentrale Verteilung der VSP sind die Grundlage für einen effizienteren Personaleinsatz und eine Bürgernähe in den Regionen, welcher auch einen durchgehenden 24-Stunden-Betrieb ermöglicht.

Ich möchte nochmals auf den VSP Thusis zu sprechen kommen. Dieser VSP deckt auch die Teile für die N29 bis Silvaplana und die N28 bis Davos ab. Dazu kommt aber auch die Strecke der Rhätischen Bahn. Erinnern Sie sich noch an den Vorfall kurz vor Tiefencastel, als der Zug entgleiste? Was denken Sie sich, welche Polizistinnen und Polizisten waren als erste vor Ort? Ja, Sie haben richtig geraten. Es waren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus dem VSP Thusis. Ich bin mir nicht sicher, ob mit der Verschiebung des VSP Thusis nach Chur mit der gleichen Interventionszeit eingegriffen werden kann. Ich bin der Meinung, dass es nicht möglich ist, an der so stark frequentierten N13 nur mit zwei VSP eine wichtige und angepasste Polizeipräsenz aufrecht zu erhalten. Wenn ich an den Osterverkehr in den letzten Tagen denke und diesen von meinem Wohnort aus gesehen habe, dann wünsche ich mir jedes Mal, dass keine Unfälle passieren, denn bei solchen Verhältnissen kann die Polizei oder in der Folge auch die Ambulanz kaum zum Unfall vordringen. Ich habe schwerste Bedenken, wenn ich an das Auffahrtswochenende denke, wo im Vorfeld auch das WEF in Davos stattfindet. Hat es dann noch genügend Polizisten für die Strasse? Zusammenfassend möchte ich darauf aufmerksam machen, dass mit der momentanen Strategie in Bezug auf die VSP Probleme im Zug der Sicherheit offen sichtbar werden. Meine Damen und Herren, ich werde eintreten, aber kann aufgrund der vorgenannten Argumente einem Neubau nicht zustimmen. Und ich gebe der Regierung mit, dass das Departement zu beauftragen sei, die Verteilung der VSP nochmals zu überdenken und die Strategie in diesem Bereich anzupassen und den Grossen Rat dahingehend zu informieren.

Bettinaglio: Die Verkehrsstützpunkte der Kantonspolizei in Chur und Thusis soll in Chur-Süd zusammengelegt werden. Damit sollen die betrieblichen Abläufe optimiert werden. Die Lage sei dabei besonders günstig. Zudem soll der Bau ein Leuchtturmprojekt hinsichtlich nachhaltigem Bauen sein. Wir haben es gehört. Im Grundsatz begrüsst die Mitte-Fraktion grossmehrheitlich den Neubau und die geplante Zusammenlegung am Standort in Chur-Süd. Die Abläufe können optimiert werden. Die Lage am Autobahnanschluss ist günstig für den raschen Einsatz, und es kann eine zeitgemässe Infrastruktur

angeboten werden. Wir blicken aber nicht nur positiv auf die Neuorganisation. Diverse Vorredner haben auf die Kritikpunkte hingewiesen. Es werden erneut Arbeitsplätze in Chur zentralisiert. Auch wenn die Regierung argumentieren wird, dass ohnehin Mitarbeitende bereits heute von Chur nach Thuisis zur Arbeitsstelle pendeln, kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass in Zukunft qualifizierte Arbeitsplätze von Thuisis nach Chur zentralisiert werden. Zudem bestehen in diesem Zusammenhang Fragezeichen betreffend die Gewährleistung von Einsatzzeiten. Bereits mehrere haben darauf hingewiesen. Weiter benötigen auch die finanzrechtlichen Bestimmungen Aufmerksamkeit. Dieser Punkt wurde auch bereits mehrfach angesprochen. Der Verpflichtungskredit ist mit brutto 9,8 Millionen Franken beantragt. Es wurde darauf hingewiesen, dass der Kostenstand April 2021 massgebend ist. Der Kommissionspräsident hat zwar darauf hingewiesen, dass das Standardprozedere angewendet wurde für die Festlegung des Verpflichtungskredites. Das Problem liegt nun aber darin, dass sich die Baukosten in den letzten zwei Jahren nicht gemäss Standard entwickelt haben. Wie allgemein bekannt, zeigen die Baukosten aufgrund Lieferschwierigkeiten in verschiedenen Sektoren stark steigende Tendenz. Grossrat Koch hat dies mit statistischen Angaben untermauert. Es ist also damit zu rechnen, dass bei unverändertem Bauprogramm das hohe Risiko besteht, den Kostenrahmen von 10 Millionen Franken zu überschreiten. Aus Sicht der Mitte-Fraktion müssen die finanzrechtlichen Bestimmungen und damit der Verpflichtungskredit von 9,8 Millionen Franken zwingend eingehalten werden, insbesondere da heute bekannt ist, dass mit höheren Baukosten zu rechnen ist im Vergleich zum April 2021. Die Mitte-Fraktion geht aber davon aus, dass die Regierung diesen Verpflichtungskredit einhalten wird. Grossrat Flütsch fordert eine grundlegende Analyse. Eintreten sei zwar nicht bestritten, jedoch wurde nun bereits angekündigt, dass der Kredit im Anschluss nicht genehmigt werden soll. Die Mitte-Fraktion ist der Ansicht, dass wir hier eine Baubotschaft vorliegen haben. Klar lässt sich der Neubau nicht gänzlich von der Strategie trennen. Es muss aber klar sein, und so ist es ausgeführt in der Botschaft, dass der strategische Entscheid von der Regierung für die Zusammenlegung bereits gefällt wurde. Dieser strategische Entscheid soll nun mit dem Neubau umgesetzt werden. Deshalb unterstützt die Mitte-Fraktion insgesamt den Neubau und die damit einhergehenden betrieblichen Verbesserungen der Abläufe. Insbesondere auch, dass ein Geschäftsgebäude als Netto-Null Gebäude geplant wird, erachten wir als fortschrittlich und sinnvoll. Die Mitte-Fraktion ist für Eintreten und wird sämtliche Anträge der Regierung in der Folge grossmehrheitlich unterstützen.

Rüegg: Der Präsident der vorberatenden Kommission hat erwähnt, dass in der Kommission die drei Schwerpunkte Bedarf, Bau und Finanzen diskutiert wurden. Und in der Tat, wie Kollege Bettinaglio jetzt ja auch gesagt hat, wir debattieren hier über ein Bauprojekt. In der Tat ist es aber ein zweiteiliges Geschäft, das wir hier besprechen, und zwar ein Bauprojekt mit einer Strategie hinterlegt. Und ich bin zum anderen Schluss gekommen als Kollege

Bettinaglio, dass halt die Strategie hier sehr massgeblich diskutiert werden sollte, weil der Besteller aufgrund der Strategie ein entsprechendes Objekt beim Departement bestellt hat. Ich stelle den Bau, so wie er in der Vorlage beschrieben ist, nicht in Frage. Das wird den entsprechenden Standards, die man heute baut, gerecht werden, mit all diesen Einschränkungen, die erwähnt wurden. Die Finanzen wurden auch breit diskutiert, mit gewissen Fragezeichen. Der Bedarf ist der Schlüsselpunkt in dieser Botschaft, und wie mein Kollege Flütsch angesprochen hat, sind hier wirklich Fragezeichen angebracht. Auch in der Diskussion zeigte sich Kommissionsmitglied Cramer nicht komplett überzeugt, indem dass er erwähnt hat, dass Fragezeichen in der Aufhebung des Stützpunktes Thuisis bestehen. Und so stelle ich hier einfach die Frage: Müssen wir hier einfach über ein Bauprojekt eine Strategie, die schon einige Male hier im Rat diskutiert wurde, aus verschiedenen Regionen im Kanton, zementieren oder sollte man hier nicht einen Marschhalt einführen, damit die Strategie, die verschiedenste Male kritisiert wurde, noch einmal überdenkt wird? Wir sprechen hier über Dienstleistungsqualität. Wir sprechen hier über Sicherheit an der zweitwichtigsten Nord-Süd-Achse der Schweiz mit all ihren Herausforderungen, Kunstbauten, Tunnels, Brücken, verschiedenste Talschaften, Kollege Flütsch hat aufgezählt, wie weit verästelt die Region Viamala Nord und Viamala Süd bis zum San Bernardino-Tunnel ist und somit auch die Einsatzzeiten in Frage gestellt werden. Ich bin für Eintreten, bin aber dafür, dass wir die Strategie kritisch hinterfragen. Ich bin gespannt auf die Ausführungen von Regierungsrat Peyer auf die gestellten Fragen betreffend Bedarf und Aufhebung Stützpunkt Thuisis. Der Ort in Chur, der ist sicher optimal und eliminiert ein Nadelöhr in Chur, aber es bringt halt ein weiteres Nadelöhr in Richtung Süden mit dem Isla-Bella-Tunnel, das nicht zu unterschätzen ist. Ich bin für Eintreten, freue mich auf die Diskussion über den Bedarf bei der Umsetzung und hoffe, wir finden hier eine gangbare Lösung für sämtliche Beteiligten in dieser Sache.

Grass: Sie haben jetzt schon einiges Kritisches von den Vorrednern Flütsch, Danuser, Koch und Rüegg gehört, und ich teile deren Ansicht grossmehrheitlich. Als Vertreter des Kreises Thuisis stört es mich schon, dass Arbeitsplätze zugunsten der Sicherheit nach Chur abgezogen werden. Und hier stellt sich die Frage, ob es richtig ist, Stützpunkte der Kantonspolizei abzubauen. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass mit dem grossen Verkehrsaufkommen und den daraus resultierenden Staus kein Durchkommen, auch für die Blaulichtorganisationen, mehr möglich war. Diesen Aspekt hat man wohl völlig vergessen bei der Entwicklung der strategischen Ziele des Departements für Justiz, Sicherheit und Gesundheit. Die Distanz zwischen Chur und San Bernardino ist auf einer so viel befahrenen Verkehrsachse mit vielen Tunnels und grossen Steigungen und dem damit verbundenen Gefahrenpotenzial viel zu gross. An gewissen Tagen wäre bei mehreren Ereignissen ein Eingreifen der Polizei über die Strasse nicht mehr möglich und ein Eingreifen nur noch über die Luft mittels Hubschrauber möglich. Das kann aber nicht die Lösung

sein, denn Wetter und topografische Gegebenheiten können auch solche Einsätze verunmöglichen. Sie sehen, hier wurden strategisch wichtige Punkte nicht berücksichtigt. Die geforderte Polizeipräsenz auf der Unfallstelle ist bei dieser Strategie mit der Schliessung des Verkehrsstützpunkts Thusis nicht mehr gewährleistet. Daher ist die Zentralisierungsstrategie bei der Polizei zu hinterfragen und zu überdenken, bevor neue Infrastruktur erstellt wird. Aus dieser Sicht ist dieses Geschäft zur Überarbeitung an die Regierung zurückzuweisen. Folgen Sie dem Antrag der SVP-Fraktion.

Papa: Io non ho niente da discutere, non ho niente da obiettare per quanto concerne il posto della polizia a Coira. È giusto che sia costruito lì, è giusto in un posto strategico, è giusto che la polizia sia praticamente sull'autostrada o sui posti appena viene chiamata. Quello che non trovo però giusto e fuori luogo è che a pagina 762 voi avete detto che sono trasferiti 15 posti di lavoro da Thusis a Coira però nessuno ha mai motivato, e lo sento oggi solo dal Presidente della Commissione e dal collega Cramerli che anche da 3 a 5 posti vengono tolti da San Bernardino. Io credo che la sicurezza va posta prima della strategia, della logistica e quindi sarei contento e noi chiediamo che il posto di San Bernardino venga mantenuto come nella sua capacità che ha oggi anche perché se capita un incidente in Bassa Mesolcina quelli di San Bernardino sono impiegati ma se capita qualcosa nello stesso tempo ad Andeer o a Zillis devono partire da Coira e in una giornata come ieri, o come venerdì, o come tutti i fine settimana quando ci sono 5, 6, 10 chilometri di colonna non è giusto che in un incidente la polizia arrivi con mezz'ora/tre quarti d'ora di ritardo. Un'altra condizione è che noi difendiamo sempre i posti di lavoro nelle periferie. Il Governo negli ultimi anni è stato abbastanza sensibile e ha cercato di mantenere i posti di lavoro nelle periferie. Ora ci vediamo tolti 5 posti di lavoro da San Bernardino per Coira. Questo non lo trovo giusto. E questo, appunto, è una cosa che si dovrebbe migliorare. Però, appunto, questo fa parte della strategia e non fa parte della costruzione del centro di Coira. Io sosterrò il centro di Coira però invito il Governo e il Consigliere di Stato a fare in modo che si mettano il pallino al posto giusto anche per quanto riguarda sia i posti di lavoro che la sicurezza sulle nostre strade.

Michael (Donat): Die vorliegende Botschaft bezieht sich in erster Linie auf das Neubauprojekt eines Verkehrsstützpunktes in Chur. Ungefähr 16 Seiten beschreiben die Bauweise, die Nachhaltigkeit, die Kosten und alles, was noch zu diesem Neubau dazu gehört. Das Projekt beeindruckt mich und ist sehr spannend. Innovation und Zweckmässigkeit ergänzen sich. Eigentlich schade, hier eine kritische Haltung einzunehmen. Beiläufig auf ungefähr vier Seiten der Botschaft wird auf den Bedarf, auf die betrieblichen Veränderungen der KAPO und der Verkehrsstützpunkte durch den Neubau und auf die strategische Zielvorgabe des Departementes für Justiz, Sicherheit und Gesundheit hingewiesen. Die betrieblichen Auswirkungen werden höchstens lückenhaft erwähnt. Als Beispiel nenne ich die Aussage zu 2. Zu-

sammenlegung der Verkehrsstützpunkte Chur und Thusis. In der Mitte dieses Abschnittes wird auf die zunehmende Verkehrsdichte und den daraus resultierenden Zeitverlust von der Ringstrasse 2 bis zur Autobahn hingewiesen. Die Effektivität der Einsätze könne nicht mehr dauernd gewährleistet werden. Der Zeitverlust bei den Einsätzen mit der Aufhebung eines Stützpunktes in Thusis Richtung Oberhalbstein oder der A13 entlang in Schams oder Rheinwald wird hingegen nicht erwähnt. Dieser ist aber erheblich grösser als der Zeitgewinn durch die Stadt. Mit der Sanierung der A13 und den Investitionen in der Verkehrssicherheit mit kilometerlangen Mittelleitplanken kommen neue Hindernisse auf die Einsatzkräfte zu. Jede Minute ist da wichtig, damit die Polizei bei einem Ereignis nicht selber im Stau steht. Das gleiche Problem mit der Zeit gilt auch auf der Julier-Strecke. Der nächste Verkehrsstützpunkt mit der Zusammenführung von Thusis nach Chur wäre jetzt in Silvaplana, später ja in Samedan. Den Einsatz von den beiden Stützpunkten aus, also Chur oder Samedan, bei einem Ereignis in Savognin dauert bei guten Strassen 45 Minuten. Dies entspricht sicher nicht dem Auftrag, den die Verkehrspolizei zu erfüllen hat. Wir können den Blick aber auch in die nördliche Richtung wenden. Die Einsätze für die verkehrsreiche Prättigauerstrasse werden heute von Chur und Davos aus bedient, diejenigen von Fläsch von Chur aus. In Davos sind meines Wissens aber lediglich vier Mitarbeiter stationiert. Also auch in Nordbünden ist eine schnelle und zweckmässige Intervention sehr schwierig. Ich frage mich ernsthaft, ob der neue Standort des Stützpunktes in Chur tatsächlich am richtigen Ort ist. Sind die strategischen Zielvorgaben des Departementes aus dem Jahre 2014 wirklich noch zeitgemäss? Ich bezweifle dies. Ich könnte mir vorstellen, ein Neubau, z. B. im Bereich Landquart, und das Belassen des Stützpunktes in Thusis würden dem Auftrag der Verkehrspolizei in weiten Teilen des Kantons eher entsprechen. Ich masse mir aber nicht an, hier und heute sagen zu können, was die richtige Strategie ist. Von der KAPO und aus dem Departement erkenne ich aber keine oder sie ist überholt. Die Angaben in der Botschaft beruhigen mich nicht. Daher werde ich den Neubau des Verkehrsstützpunktes in Chur heute ablehnen. Das Departement soll, wie bereits von einigen Vorrednern erwähnt, nochmals über die Bücher und sich ernsthaft mit der Strategie der KAPO und der Verkehrspolizei auseinandersetzen.

Wellig: La centrale di polizia di San Bernardino e quindi anche il posto della polizia stradale di San Bernardino, essendo abitante di San Bernardino mi stanno molto a cuore e quindi ritengo di dover dire alcune parole in merito. Non voglio entrare ad esprimermi per quanto riguarda la strategia della Polizia cantonale su tutto il territorio del Cantone in quanto non ne ho le competenze e non ho abbastanza conoscenze per poterlo fare. Ritengo però che qualcosa in questa strategia non funzioni in quanto, se penso che proprio il centro di polizia stradale di San Bernardino è appena stato rinnovato con un credito votato da questo Gran Consiglio nell'ordine di 8 milioni - e questo non tanti anni fa, alcuni anni fa - dove addirittura allora si era detto che la centrale di polizia di

San Bernardino che si trova in questo centro sarebbe divenuta a breve la centrale - permettetemi il termine - sostituita di quella di Coira e quindi in caso di una grave panne della centrale di Coira il centro della polizia stradale di San Bernardino con la centrale avrebbe dovuto poter intervenire e gestire tutto il traffico e tutta la situazione per tutto il Cantone, mi ero rallegrato. Sinceramente, avevo detto "che bello, finalmente si spostano posti in periferia e non si centralizza tutto". Ora con non poco stupore vengo a sentire che oltre a chiudere il centro di Thusis, che ritengo sicuramente un centro competente e dove probabilmente la necessità di averlo su quel posto lì non è discussa o perlomeno non dovrebbe esserlo, mi si viene a dire che si spostano posti di lavoro anche da San Bernardino a Coira. Rimango veramente stupito perché se penso che da Roveredo, dove c'è un posto di Polizia cantonale e quindi non polizia stradale, fino a Thusis - dove c'è il prossimo posto di Polizia cantonale - l'unico posto su questa tratta è la polizia stradale di San Bernardino. Si sono investiti 8 milioni per potenziare questo centro e adesso gli si tolgono presumibilmente addetti al servizio. Mi chiedo se questi 8 milioni li abbiamo spesi solo per creare autorimesse, perché francamente se passo e guardo lo stabile sono raddoppiati se non triplicati gli spazi per mettere i veicoli ma da quanto mi è stato detto la centrale vera e propria è limitata a due posti di lavoro. Io ho dei seri dubbi che questa strategia sia quella giusta. Mi riservo di entrare in materia per quanto riguarda il centro a Coira ma non escludo di votare con chi sostiene di rimandarlo al Dipartimento per una verifica e non da ultimo anche una verifica anche alla strategia della Polizia cantonale.

Müller (Susch): Ich unterstütze dieses Bauprojekt in all seinen Zügen voll und ganz, vor allem auch als energetisches Leuchtturmprojekt. Nur eines kann und werde ich nicht schlucken. Im Regierungsprogramm bekräftigen wir alle vier Jahre wieder, dass wir dezentralisieren sollen, dass wir dezentralisieren wollen, aber mit jeder Möglichkeit zentralisieren wir wieder. Im Bereich der Polizei ist es sogar noch zu befürchten, dass dies auf Kosten der Sicherheit und der schnellen Einsatzbereitschaft geschehen soll. Deshalb sage ich Neubau Ja, Zentralisierung Nein. Und wenn dies nur mit einer Rückweisung dieses Projektes möglich ist, dann werde ich das auch tun. Wenn der gesamte Finanzbedarf dann auch noch knapp unter der Grenze für das obligatorische Finanzreferendum liegt und das Stand 2021, dann denke ich, man könne dieses Projekt auch problemlos noch einmal zurückweisen, ohne sich etwas zu verbauen. Deshalb werde ich eine Rückweisung unterstützen.

Censi: Per quanto riguarda il messaggio dove viene messa in evidenza l'innovazione di questo nuovo centro a Coira, e soprattutto viene messo in risalto anche - collegandoci al Green Deal quale progetto pilota - non ho nulla da dire, anzi penso che il progetto sia lungimirante. Un po' meno mi sembra la strategia cantonale in quanto, leggendo un comunicato del giugno del 2020 si parlava che la Polizia cantonale dei Grigioni nella strategia futura dovesse puntare su un'organizzazione di intervento dinamica. Sono alquanto preoccupato in quanto, vivendo

in una regione toccata dalla A13 - pensate all'ultimo fine settimana - vedo l'immagine di ieri o anche di giovedì dell'esodo verso sud, dove abbiamo avuto e abbiamo in maniera diciamo frequente durante questi periodi pasquali un forte traffico. Sono già intervenuto in passato anche sulla sicurezza della A13 in quanto non è l'alternativa del San Gottardo quindi spesso viene ventilata anche via radio, Viasuisse, quale l'alternativa ma purtroppo diciamo la nostra conformazione di montagna non lo permette. Quindi il fatto di andare ad indebolire dei posti di polizia lungo la A13, penso in particolare a Thusis e a San Bernardino, questo mi preoccupa alquanto.

Perl: Ich verfolge gespannt die Debatte über die Strategie, die diesem Neubau zu Grunde liegt. Und ich bekomme ein wenig ein ungutes Gefühl. Und das un gute Gefühl ist, dass wir hier die Strategie, dass wir sie diskutieren wollen, das finde ich legitim, aber hier quasi über die Baubotschaft einen Marschhalt einzulegen, das muss ich sagen, das finde ich etwas unseriös. Und zwar einfach deshalb, weil wir diese Strategie im Kanton nun doch schon eine Zeit lang fahren. Wir hätten in diesem Rat wahrlich genügend Gelegenheit gehabt, mehr Informationen einzuholen, mit Aufträgen auf die Strategie einzuwirken. Ich möchte einfach daran erinnern, im Polizeibericht von 2015 ist diese Strategie bereits skizziert. Und was auch noch wichtig ist, es ist nicht einfach eine Zentralisierung. Die Strategie heisst nämlich explizit Regionalisierung. Es geht darum, dass man in den Regionen draussen präsent ist, dass man dort die Kräfte bündelt. Ich bitte Sie, seien Sie kritisch. Verfolgen Sie die Ausführungen zur Strategie gut, aber machen Sie kein Durcheinander. Werfen Sie nicht etwas über den Haufen, unbedacht, das schon seit einiger Zeit läuft, das angedacht ist und wofür es genügend andere Gelegenheiten gegeben hätte als diese Baubotschaft, die meiner Meinung nach sehr gut und vorbildlich aufgegleist ist, da kritisch einzuwirken. Ich bin gespannt, was der Polizeidirektor zur Strategie zu sagen hat. Aber ich bitte Sie, machen Sie nicht über die Baubotschaft eine Strategie-debatte.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und erteile demnach Regierungsrat Cavigelli das Wort.

Regierungsrat Cavigelli: Ja, Danke für das Wort. Selbstverständlich habe auch ich dieser Diskussion zur Polizeistrategie sehr interessiert und aufmerksam zugehört. Sie müssen sich das so vorstellen, dass, wenn wir den Auftrag zur Erstellung einer Baute für einen uns nicht unbedingt sehr bekannten, sehr nahen Nutzer planen, wir uns dann sehr intensiv mit der Frage auseinandersetzen: Macht es überhaupt Sinn, diese Baute aufzustellen? Sie können sich das durchaus so vorstellen, wie wenn Sie einem Architekten einen Auftrag geben, ein Einfamilienhaus zu erstellen. Sie haben eine Vorstellung, Sie sind verheiratet und haben vielleicht dann auch einmal Kinder, und dann wird da einmal eine eigene Überlegung angestellt, und die wird dann repliziert, wird dann getestet, gestresstet auch mit den Baufachleuten. Und so entsteht dann am Schluss ein Projekt in einem Austausch

zwischen jenen, die etwas nutzen wollen, und jenen, die diese Nutzung auch sicherstellen wollen. Und diese Frage stellt sich für uns immer, ob wir einen Grossviehstall aufstellen, ein Bündner Kunstmuseum erweitern, ein Konvikt sanieren, einen Verkehrsstützpunkt erstellen oder irgendetwas anderes Schönes oder vielleicht auch weniger Schönes aufstellen dürfen. Es muss irgendwie dienlich sein, der Nutzer muss seinen Bedarf abdecken können.

Diesbezüglich haben wir auch gewisse Grundlagen aufgestellt und auch in diesem Rat schon mehrfach diskutiert. Man darf durchaus in den höheren Höhen beginnen, wenn wir hier auch Grundsatzdiskussionen zur Polizei führen. Es gibt die Immobilienstrategie. Und bei der Immobilienstrategie haben wir schon in den Nullerjahren einmal festgelegt, dass wir eine gewisse Zentralisierung in den Regionen wünschen. «Regional oder dezentral zentralisiert» haben wir dem gesagt, dass wir an den wichtigen Orten einer Region Dienstleistungen erbringen wollen für die Bürgerin, für den Bürger, gut auffindbar, letztlich konzentriert, weil dann die Leute, die in diesen Orten arbeiten, einen Austausch haben, weil wir die Raumflächen auch optimal ausnutzen können, somit weniger Kosten haben, weil wir die Räume auch so dimensionieren können, dass wir weniger Energie verwenden, somit auch energieeffizienter unterwegs sind, und viele Themen mehr. Wir haben in diesem Kontext, natürlich sind das die prominenten Beispiele, regionale Verwaltungszentren in Auftrag gegeben, hier in diesem Rat an die Regierung. Und diese sind in weitesten Teilen erstellt, mit Ausnahme der Region Oberengadin, wo das Zentrum in Samedan zu stehen kommen sollte, die Fläche grundsätzlich festgelegt ist, planerische Themen halt noch am Laufen sind. Und eine zweite Pendeuz haben wir mit Blick auf den Standort Chur für die Etappe II. Es gibt aber auch kleinere Themen, die eben von dieser Immobilienstrategie abgedeckt sind, und dazu gehört auch die räumliche Zuordnung der Arbeitsplätze der Kantonspolizei. Auch diese sollten nicht mehr dezentral in jeder Gemeinde irgendwie einen Arbeitsplatz vorfinden, sondern sollten regional zusammengeführt werden. Auch z. B. erst gerade jüngst so geschehen im Oberengadin, wo man einen Move gemacht hat aus verschiedenen Standorten nach Samedan, dort dann schlussendlich zusammengedrückt ist, und später dann, wenn das regionale Verwaltungszentrum dort steht, die Polizeiarbeitsplätze auch in dieses regionale Verwaltungszentrum einfügt. So ist es auch geschehen in Ilanz, so ist es auch geschehen in Davos. Und das ist letztlich eigentlich der Auftrag, den wir auch bekommen haben aus diesem Rat. Wenn es also eine gewisse Zentralisierungskomponente in dieser Botschaft hat mit Blick auf die Arbeitsplätze, dann ist das unabhängig von der polizeilichen Aufgabe und der Struktur und Organisation im Grundsatz durch Beschlüsse in diesem Rat abgedeckt.

Ein zweiter Punkt ist, darauf ist hingewiesen worden, eine ganz wichtige, grosse Linie ist dann die, bauen wir etwas, das die Perspektive, die nächsten Räume, die der Green Deal Graubünden ins Visier nimmt, ob wir dem Respekt zollen oder nicht. Ich habe heute gehört, dass man diese Bemühung dieser Botschaft offenbar ansieht, und auch das so beurteilt, dass dies geglückt ist, dass es

durchaus Potenzial hat, ein Leuchtturmprojekt zu sein. Wir haben diese Ambition. Ich möchte das unterstreichen. Und wenn ich das Wort Ambition, diesen Ehrgeiz, als Wort verwende, dann ist das sehr berechtigt, weil es ist doch ein grosser Schritt. Wir gehen hier weit weg von dem, was praxisbekannt ist, was geübt ist und letztlich irgendwelchen Normen und Erfahrung entspricht, die man nur so abrufen kann. Das ist eben gerade nicht der Fall. Wir wollen das aber trotzdem tun, eben weil wir auch hier den Eindruck haben, einen Auftrag aus dem Parlament bekommen zu haben, in erster Linie Gebäude zu dekarbonisieren, nicht nur Dekarbonisierung bei den privaten Haushalten, sondern natürlich auch bei den öffentlichen Bauten. Und da müssen wir wahrscheinlich auch einen Schritt weitergehen, da müssen wir letztlich auch Vorbildcharakter erfüllen können. Und diesen Pfad wollen wir nicht zuletzt auch mit diesem Projekt VSP Nord der KAPO begehen.

Wenn wir also diese grossen Linien nehmen, dann stellt sich nun die Frage: Ist die Diskussion, die wir hier führen, eigentlich die richtige? Und ich bin dankbar, wenn Kollege Peter Peyer sich allfällig danach auch noch äussert, weil jetzt hier ja vor allem die Nutzeroptik im Raum gestanden ist. Und ich möchte auf diese etwas eingehen, so wie ich sie verstanden habe. Wir haben erfahren, dass die Kantonspolizei eigentlich nicht mehr in jeder Gemeinde einen Raum haben will, dort gewissermassen neben dem Telefon sitzen und warten will, bis es läutet, um dann ausrücken zu dürfen. Uns ist gesagt worden, die Polizei habe einen Digitalisierungsschub nicht nur geplant, sondern auch vollzogen. Mobiles Arbeiten ist für die Polizisten und die Polizistinnen üblich, und es ist gewünscht, ich erinnere mich auch an Voten in diesem Rat von Christian Rathgeb. Er möchte, dass die Polizisten im Fahrzeug unterwegs sind respektive dass sie auf der Piste sind. Und so gesehen, haben sie auch andere Bedürfnisse abzudecken in den Räumen, wo sie sich allfällig aufhalten, wenn sie sich einmal in einem Büroraum aufhalten müssen. Die Mitarbeitenden der KAPO warten nicht im Büro, sondern der Dienst beginnt, und das habe ich auch gelernt aus der Vorbereitungsdiskussion, der Dienst für einen Polizisten, der das Auto mit nach Hause nehmen darf, beginnt ab dem Moment, wo er den Schlüssel dreht und von zu Hause wegfährt. Wenn er nämlich ab diesem Moment irgendetwas Auffälliges wahrnimmt, sei dies kriminalpolizeilich, sicherheitspolizeilich, sei dies verkehrspolizeilich, einer dieser drei Schwerpunkte der Aufgaben unserer Polizei, wenn er da etwas wahrnimmt, dann muss er schon auf dem Weg von zu Hause weg sich im Einsatz sehen und auch handeln. Es ist also der entscheidende Punkt, wo die Mitarbeiter wohnen, um beurteilen zu können, wo sie «ursprünglich» ihren Arbeitsplatz gehabt haben, wo sie dann ins Auto gestiegen sind und losgefahren sind. Eine leichte Unterscheidung könnte dann eintreffen, wenn ein Polizist das Auto nicht mit nach Hause nehmen darf. Dann hat er das Auto in einer Garage irgendwo zentriert, wie auch Grossrat Wellig darauf hingewiesen hat, der in San Bernardino vor allem Autos sieht und offenbar keine Polizisten. Das liegt daran, dass die Autos dann halt zentral parkiert werden, dort abgeholt werden. Und ab dem Moment, wo man sich im Polizeifahrzeug befindet,

als Polizistin, als Polizist, ist man im Dienst, wenn man wegfährt.

Und diese Fahrzeuge, mit Blick auf z. B. Thusis, sind zum Teil eben auch weiterhin in Thusis stationiert. Es wird in Thusis auch weiterhin Arbeitsplatzmöglichkeiten für vier Personen geben, wenn sie sich dann eben in Thusis aufhalten müssen, weil das eine Arbeit ist, die sie in einem Raum verrichten müssen, nicht unterwegs, und wenn dieser Raum in Thusis näher liegt als irgendwo anders. Wir gehen also davon aus, dass wir irgendwie, auch Grossrat Censi hat darauf hingewiesen, dynamische Interventionen haben. Das ist richtig. So habe ich das verstanden. Es gibt auch flexible Einsatzräume. Sie werden dann nicht an der Grenze eines Einsatzraums stoppen und sagen: Halt, das ist nicht Einsatzraum. Verkehrspolizei Stützpunkt Nord, jetzt kommt Süd dran, dann fahre ich wieder nach Hause. Es ist so angedacht, dass man auch überlappend in diese verschiedenen Räume einfahren respektive eingreifen kann und dort die Aufgabe erfüllen kann.

Wenn der zweite Punkt noch andiskutiert werden kann: Der Präsident der Kommission hat darauf hingewiesen, dass es, so habe ich es verstanden, Verkehrsstützpunkte gibt und Polizeistützpunkte gibt. Die Verkehrsstützpunkte sind diejenigen, wo sich die Polizisten in erster Linie der verkehrspolizeilichen Frage widmen, und bei den Polizeistützpunkten machen sie in erster Linie das andere. Sie sind aber auch Unterstützungsmoment für die verkehrspolizeilichen Aufgaben. Diese Polizeistützpunkte, nicht, wir sprechen ja hier eigentlich von einem Verkehrsstützpunkt, diese Polizeistützpunkte, diese Frage ist hier nicht tangiert, wenn wir Leute allfällig von Thusis nach Chur nehmen. Der Polizeistützpunkt in Thusis, der bleibt in Thusis. Es werden einfach diese paar Stellen verschoben, die mit primär verkehrspolizeilichen Aufgaben zu tun haben.

Wichtig ist dann auch ein weiterer Aspekt, dass man den so versteht, wie ich ihn verstanden habe. Die Polizei geht davon aus, dass wir ungefähr die Hälfte der Bündner Bevölkerung im Gebiet zwischen Kantonsgrenze und Thusis haben. Es ist somit auch klar, dass hier die meisten Polizeikräfte zur Verfügung stehen müssen. Und wenn man verkehrspolizeilichen Aufgaben an der Achse A13 erfüllen will, dann macht es nach der, von mir aus gesehen, überzeugenden Darlegung der Polizei Sinn, dass sich ein Hub im Norden befinden soll, der ist jetzt auf Chur festgelegt bis zur Kantonsgrenze Richtung Norden bis an den Südfuss des San Bernardino, und der andere Hub ist in San Bernardino auf der anderen, auf der Südflanke festgelegt, und überlappend zuständig nicht nur für die Südflanke, sondern auch bis nach Thusis runter von San Bernardino aus. Da sieht man, dass die Südflanke eigentlich von beiden Orten aus bedient werden soll. Der Stützpunkt in Chur scheint mir aber auch überzeugend und deshalb richtig, weil tatsächlich von dort aus auch in den Einsatzraum Richtung Prättigau eingearbeitet wird, ins Schanfigg, auf die Lenzerheide, in die Surselva. Es ist hier nicht einfach fokussiert eine Diskussion nur um das Gemeindegebiet von Thusis oder die angrenzenden Gemeinden zu führen, sondern auch anhand der dynamischen Interventionsvorstellung der KAPO, so habe ich es verstanden, müssen sie irgendwie

zentral sein, wo sie den Hub haben, aber dann eben auch überall wirken können. Wenn dies so ist, dann habe ich eigentlich kein schlechtes Gefühl mit dieser strategischen Überlegung, wie die Kantonspolizei sich selber organisiert hat, wie es sie eigentlich auch schon angekündigt hat damals im Polizeibericht 2015, wie sie es dann auch weiter konkretisiert hat mit der sogenannten Weiterentwicklung Kantonspolizei. Und so sahen wir uns eigentlich veranlasst, dieses Bedürfnis, diesen Bedarf der Kantonspolizei durchaus erfüllen zu wollen, auch letztlich bauseitig erfüllen zu wollen.

Eine Präzisierung noch mit Blick auf diese Verschiebung von einzelnen Arbeitsplätzen respektive Arbeitsplatzmöglichkeiten. Von Thusis selber sollten acht transferiert werden, vier bleiben aber übrig in Thusis, um sie flexibel einzusetzen. Und diese Verschiebung dieser acht Einheiten ist im Grundsatz bereits vor einem Jahr schon geplant worden, teilweise auch umgesetzt worden, und wird jetzt einfach dann räumlich auch noch fixiert. Mit Blick auf diese drei, vielleicht fünf Arbeitsplätze in San Bernardino: In San Bernardino soll es sich so verhalten, dass diese drei bis fünf Arbeitsplätze ursprünglich vor nicht allzu langer Zeit einmal nach San Bernardino transferiert worden sind, es sich aber gezeigt hat, dass diese Leute dann dort zu wenig günstige Einsatzmöglichkeiten haben, weil einfach in Chur mehr läuft und mehr Bedarf ist und man sie dann eben von San Bernardino wieder holen muss, um sie einsetzen zu können, wo Not ist. Und deshalb ist vorgesehen, diese Arbeitsplätze, so leid es mir tut, sie verstehen meine Herzsequenzen sicherlich gut, die auch für die Regionen schlagen, so leid es mir tut, dass diese Arbeitsplätze halt wieder zurückgeholt werden wollen nach Chur.

So haben wir, wie gesagt, unter dem Strich den Eindruck gewonnen, dass es berechtigt ist, diese Diskussion so zu führen, dass man sich bemüht, eine neue Zentrale zu finden für den Verkehrsstützpunkt Nord der Kantonspolizei. Und dass dieser Ort, wo er jetzt vorgesehen ist, optimal liegt, braucht nicht weitschweifig ausgeführt zu werden. Er ist eigentlich günstig gelegen, wenn man die städtische Optik nimmt, den Verkehr kann man umgehen, weil man nicht mehr an der Ringstrasse ist. Man ist an der Achse schnell auf der Autobahn Richtung Norden unterwegs, an der Autobahn auch Richtung Süden nach Thusis unterwegs und San Bernardino und somit eigentlich an einem richtigen Ort.

Es hat noch Themen gegeben mit Blick auf die bauliche Seite. Insbesondere Grossrat Koch hat auf zwei Themen verwiesen, die dann auch später noch thematisiert worden sind, respektive Grossrat Engler auch angesprochen hat, aber nichts daraus zu Befürchtendes abgeleitet hat: die Preisbasis. Sie können sich vorstellen, dass es uns tatsächlich erheblich Sorgen macht als Infrastrukturdepartement, wie die Preisentwicklung ist. Die Preisentwicklung bei der Energie, bei den Primärstoffen, aber auch bei den verarbeiteten Stoffen, es gibt eigentlich nur eine Richtung, alles geht hinauf. Und zudem ist es, sagen wir mal, innerhalb der Zeitintervalle auch noch sehr volatil, konkret viel Unsicherheit. Diese Unsicherheit wird aber abgefedert, wie im Übrigen mit jeder Baubotschaft, so auch hier, mit einer Preisstandsklausel. Diese Preisstandsklausel ist richtig verdatiert worden von

Grossrat Koch. Sie bezieht sich auf den April 2021, und das sagt, dass wir auf dieser Basis den Kostenvorschlag berechnet haben von 9,8 Millionen Franken, und dass, wenn sich ab April 2021 eine Preisentwicklung ergibt, dass die den Kredit natürlich erhöht. Oder wenn sie sinkt, auch sinken würde. Es ist vom Finanzrecht her so gesehen völlig unbedenklich, dass man dann allfällig über eine Preisentwicklung, wenn man eine Preisstandsklausel im Verpflichtungskreditbeschluss nicht vergessen hat, dass man dann in eine andere Kompetenz kommen kann. Und das geschieht eigentlich in der Praxis dann doch nicht allzu selten respektive ist gut denkbar. Wenn man z. B. einen Kredit hat von 900 000 Franken. Mit der üblichen Preisentwicklung käme man auf eine Million Franken. Bei einer Million Franken hätten wir eine Zuständigkeit des Parlaments und darunter eine der Regierung. Das ist aber nicht schädlich, das ist finanzrechtlich korrekt und ist so abgedeckt. Das Thema Preisentwicklung darf man also nicht unter der Preisstandsklausel diskutieren, sondern man kann sich höchstens so Sorgenfalten machen, dass diese Preisstandsklausel so unsicher ist, dass sie einfach eine wahnsinnige Preisentwicklung auslöst, die dann auch noch gerade bewilligt worden ist, gewissermassen die Katze im Sack. Nun, davon gehe ich letztlich eigentlich nicht aus, auch wenn niemand von uns weiss, wie sich die Preiswelt dann verändert haben wird, wenn der Krieg in der Ukraine so weiterverläuft und so viel Unsicherheit in das ganze Marktgeschehen, auch in diesen Mikrokosmos, bringt. Also diesbezüglich müssen Sie keine Sorgen haben, da sind Sie auf der richtigen Seite. Wenn Sie eine Preisstandsklausel beschliessen, und das tun Sie in aller Regel bei Baubotschaften, so auch hier, dann sind Sie finanzrechtlich auf der guten Seite.

Mit Blick auf die Frage Generalplanerteam: Es ist in der Tat so, dass wir einen Generalplaner ausgeschrieben haben. Es gibt natürlich verschiedene Überlegungen, die man sich immer wieder macht, bevor man wählt, in welchem Verfahren man eine Ausschreibung tätigt. Wir sind hier, es ist darauf hingewiesen worden, in einem Feld, wo wir viel Innovation brauchen, wo wir auch gewisse Schnittstellen mit Unsicherheiten haben, weil es einfach nicht alles standardisierte Prozesse sind. Und dann macht es Sinn, dass es irgendwie einen Teamgedanken gibt unter den Planern, die sich einig sind, die sich von Beginn weg gefunden haben und sich ein Ziel gegeben haben, daran arbeiten zu wollen, dass sie nicht zufällig zusammengeschustert werden, vielleicht die eine Firma von dort, die andere von da, eine vielleicht diese Sprache spricht und die andere eine andere Sprache, die eine eher vielleicht konservativ unterwegs, was das ökologische Nachhaltigkeitsthema anbelangt, und die andere vielleicht überoffensiv oder forsch, und dann fehlt es am gemeinsamen Spirit. Wenn man solche schwierigen Themen zu realisieren hat wie hier, kann man vernünftigerweise fast nicht von Generalplanern oder von Planerteams abweichen. Wir machen das im Übrigen auch in andern Fällen, wenn wir z. B. komplizierte Sanierungen machen. Auch dort lohnt es sich in aller Regel, solche Strukturen auszuschreiben und sich zu wünschen. Haben Sie also Verständnis, dass wir hier auch jeweils eine Risikodiskussion führen, bevor wir

festlegen, was wir ausschreiben, Einzelleistung oder eben andere Verfahren.

Wir blicken auf den Generalplaner. Hier, im konkreten Fall, ist allerdings festzuhalten, dass die Bauleitung, und die ist ja von Grossrat Koch auch speziell angesprochen worden, dass die nicht von diesem jurassischen Büro wahrgenommen wird, sondern von einem einheimischen Architekten mit Sitz des Büros in Haldenstein, und der Anteil des Architekturauftrages für die Bauleitung liegt bei zirka 30 Prozent. Es ist also viel, sagen wir mal, intellektuelle Arbeit im Kanton Jura zu leisten und das, was dann letztlich vor Ort, sur place, zusammengesetzt wird und dann zum Funktionieren gebracht wird, wird zu Hause sichergestellt.

Ja, mit diesen Bemerkungen meine ich, habe ich in etwa umschrieben, wie die Sicht der Regierung ist mit Blick auf die diskutierten Themen. Und ich bitte Sie, selbstverständlich, auf das Geschäft einzutreten und ihm dann am Schluss auch zuzustimmen. Allerdings bin ich auch sehr offen und bereit, weitere Erläuterungen durch Peter Peyer zu wünschen, weil er ja die Polizeifrage, die hier auch intensiv diskutiert worden ist, etwas besser kennt.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Regierungsvizepräsident Peyer, Sie haben das Wort.

Regierungsrat Peyer: Besten Dank für die Fragen, die da gestellt wurden. Besten Dank aber auch meinem Regierungskollegen Mario Cavigelli für seine Ausführungen, er könnte problemlos auch als Polizeidirektor auftreten. Er hat eigentlich alles Wesentliche schon gesagt. Nun, ich möchte trotzdem auf zwei, drei Punkte eingehen. Vielleicht so viel zum Voraus oder als allgemeine Bemerkung: In der Kommission, in der ja auch Grossratsmitglieder aus der Region anwesend waren, ich erinnere an Grossrat Cramer, an Grossrat Kunfermann, in der auch Leute mit Polizeierfahrung anwesend waren, ich erinnere an Grossrat Salis, in der auch Leute mit kritischem Blick auf Finanzen anwesend waren, Grossrat Kunz, der auch Mitglied der GPK ist, Grossrat Engler, sind alle diese Fragen offensichtlich kein Thema gewesen, oder wenn sie Thema waren, konnten sie zur Befriedigung der anwesenden Kommissionsmitglieder beantwortet werden, sodass die Kommission einstimmig ohne Kritik an der grundsätzlichen Strategie der KAPO auf dieses Geschäft eingestiegen ist und es auch unterstützt hat. Wenn Sie also in Zukunft bei einem zukünftigen Geschäft, bei einem Baugeschäft insbesondere, Fragen anderer Art oder anderer Themenkreise haben, dann bitte ich Sie, stellen Sie uns diese im Voraus zu, dann können wir diese auch seriös klären und Ihnen bei Bedarf auch schriftlich abgeben. Jetzt hier rasch, rasch und grundsätzlich die Strategie der KAPO, die wir nun seit zehn Jahren, seit zehn Jahren, seit 2012 verfolgen, hier in Frage zu stellen, ist ein bisschen schwierig.

Nun, wenn Sie Strategie und Struktur haben, dann habe ich das so einmal gelernt, dass die Struktur der Strategie folgt. Und genau das machen wir hier. Die Idee, einen Verkehrsstützpunkt in Chur zu haben, ist im Jahr 2008, 2008 aufgenommen und bearbeitet worden. Und in den Folgejahren. 2012, als man sich entschieden hat, die kleinräumigen Postenstrukturen im Kanton zu bereini-

gen. 2015 mit dem Polizeibericht. 2018 mit der Revision des Polizeigesetzes. Mit der Finanzbotschaft 2016-2018 und, und, und, es wurde darauf hingewiesen. Sehr oft wurde diese Strategie bestätigt respektive wieder diskutiert hier, auch kritisch, aber auch von uns, zumindest seit ich dabei bin, immer wieder kritisch reflektiert und geschaut, ob wir noch auf dem richtigen Weg sind. Und ich bin überzeugt, dass wir auch mit dieser Baubotschaft auf dem richtigen Weg sind. Denn ich glaube, Sie werden mir zustimmen, dass es der Kantonspolizei ja nicht in den Sinn kommen würde, sich strategisch möglichst schlecht im Kanton aufzustellen, sondern aufgrund der Erfahrung, der Praxis, der Anforderungen, die heute gelten, stellt sie sich möglichst, mit dem was uns zur Verfügung steht, optimal auf. Und natürlich wäre es vielleicht noch optimaler, wenn wir noch an viel mehr Orten mit den entsprechenden Kräften präsent sein könnten, aber ich komme nachher darauf zurück, warum das nicht möglich ist. Aber Sie dürfen darauf vertrauen, dass wir versuchen, das Optimum zu machen und nicht einfach einen Polizeistützpunkt irgendwo vorschlagen, weil es gerade bequem ist oder attraktiv, weil man in der Nähe von Chur ist oder was weiss ich.

Und dann möchte ich darauf hinweisen, dass hier offenbar ein Grundlagenirrtum vorhanden ist. Vor allem Grossrat Michael hat das hervorgehoben oder in seinem Votum betont. Und ich möchte das hier ein bisschen richtigstellen. Es ist natürlich nicht so in der modernen Polizeiarbeit, dass die Verkehrspolizei einfach Verkehr macht und die Kriminalpolizei einfach Kriminalfälle löst und die Regionenpolizei einfach für die Sicherheit in der Region zuständig ist, und sobald ein anderes Themenfeld auftritt, sagen sie: «Ja, das geht uns nichts mehr an. Wir sind nicht die Spezialisten für das.» So ist es natürlich nicht. Grundsätzlich machen alle alles. Und das heisst, dass der Stützpunkt in Thusis, der Polizeistützpunkt, der aufgestockt wurde personell, an dem heute 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig sind, natürlich auch Ersteinsätze bei Verkehrsunfällen macht und nicht wartet und sagt: «Ja da ist die Verkehrspolizei zuständig, die sollen dann schauen, wenn sie vor Ort sind.» Und deshalb sind wir eben so aufgestellt, dass insbesondere dieser Raum von San Bernardino über die Rofflaschlucht über die Viamala ins Avers, das ganze Domleschg Richtung Julier, wir dies jederzeit sehr gut abdecken können, unabhängig davon, um was für ein Ereignis es sich handelt. Und es ist auch nicht so, dass die Verkehrspolizistinnen und -polizisten, wenn sie von irgendeinem Einsatz, der nötig wäre, z. B. wegen häuslicher Gewalt, einfach sagen: «Ja, das ist nicht unser Zuständigkeitsbereich, das soll die Kriminalpolizei schauen, wo sie da hingehet.» So funktioniert es eben heute nicht mehr. Weil wir eben mobil sind und überall unterwegs. Und deshalb stimmt auch die Aussage leider nicht, dass beim RhB-Unfall in Tiefencastel die Leute von Thusis vor Ort waren. Es waren die Leute von Tiefencastel, und die Einsatzleitung lag beim Chef der Regionenpolizei Surselva. Wir sind eben nicht nur im Einsatz flexibel, sondern auch in der räumlichen Aufteilung, wenn es eben nötig ist. Und ich glaube, das ist die grosse Qualität, die die Polizei heute hat.

Es wurde bemängelt die Frage von Arbeitsplätzen. Ich lese Ihnen einmal vor, wo diese Leute, die jetzt vom Verkehrsstützpunkt in Thusis nach Chur wechseln, wo die wohnen. Und ich betone hier, der Verkehrsstützpunkt Thusis Mitte, der ist in unserer Struktur, wie wir heute organisiert sind, schon nicht mehr vorhanden. Es gibt ihn zwar noch physisch, aber in unserer ganzen Planung, in der Organisation ist der so seit einem Jahr nicht mehr vorhanden. Diese Leute wohnen in Castrisch, in Fläsch, in Trimmis, in Pratval, in Valendas, in Felsberg, in Andeer, in Versam, nochmals zwei in Pratval, in Thusis, in Domat/Ems und in Chur. Es findet eben kein Abbau von Arbeitsplätzen in der Region statt. Und wenn es Ihnen um die Steuereinnahmen von diesen Einkommen geht, dann findet auch dort kein Abbau statt. Die Leute bleiben an ihrem Wohnort wohnen. Und wie es eben Regierungskollege Cavigelli richtig ausgeführt hat, sie beginnen nicht dann mit der Arbeit, wenn sie auf dem Stützpunkt, jetzt noch in Thusis oder nachher in Chur, eintreffen. Sie beginnen gleich mit der Arbeit, wenn sie ihren Wohnort verlassen. Das gehört eben auch zu neuer, zeitgemässer Einsatzdoktrin, dass man die Polizei eben wahrnehmen kann auf der Strasse. Und umgekehrt ist es eben vorbei damit, und das habe ich hier auch schon mehrmals gesagt, dass die Polizei irgendwo in einem Büro sitzt und wartet, bis jemand vorbeikommt und sagt: «Es ist etwas passiert.» Sie ist heute so ausgerüstet, dass sie jederzeit und an jedem Ort, wo sie sich aufhält, arbeits- und einsatzfähig ist. Und dann möchte ich auch noch ein zweites Wort sagen zu den Arbeitsplätzen in der Region. Im Domleschg hat der Kanton in den letzten Jahren massiv, massiv Arbeitsplätze aufgestockt. Allein gegen 100 Arbeitsplätze in der neuen Justizvollzugsanstalt Cazis Tigne. Also es ist wirklich nicht so, dass der Kanton irgendwie bestrebt wäre, in dieser Region oder auch in anderen Arbeitsplätze abzubauen. Aber wir müssen uns so aufstellen, dass wir mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die wir zur Verfügung haben, möglichst optimal die Arbeit ausführen können.

Und das führt mich dazu: Was sind denn heute die Anforderungen? Warum glauben wir, dass es richtig ist, diesen Verkehrsstützpunkt in Chur jetzt zu machen? Erstens, weil wir von dort aus in verschiedene Richtungen, auch das hat Regierungsrat Cavigelli ausgeführt, auf die Lenzerheide, Richtung Prättigau, Richtung Schanfigg tätig sein können, und eben auch Richtung Viamala bis zur Roffla. Dort ist ungefähr die Mitte zwischen San Bernardino und von dem, was vom Norden aus geschieht. Und der zweite Punkt, der uns eben in unserer Strategie bestätigt, und warum wir die auch fortführen möchten, ist der, dass es auch für uns immer schwieriger wird, an die entsprechenden Fachkräfte zu kommen. Und dort ist es nicht so sehr einmal der Lohn, der an erster Stelle steht, der uns hindert, attraktiv zu sein. Einer der entscheidenden Punkte sind Arbeitszeit und Arbeitszeitmodelle. Auch junge Polizisten sind nicht mehr bereit, einfach so 100 Prozent Arbeitszeit zu machen. Auch sie haben lieber Teilzeitstellen. Und wenn wir das nicht erfüllen können, dann finden wir die jungen, motivierten, gut ausgebildeten Leute nicht mehr. Um das gewährleisten zu können, brauchen wir grössere Strukturen, sprich grössere Zusammenzüge von Mitarbeiterinnen und Mit-

arbeitern, um diese Wünsche erfüllen zu können. Und da hilft es uns eben, wenn wir zeitgemäss organisiert sind und zeitgemäss aufgestellt sind. Und dazu gehört auch in unserer Planung seit Jahren dieser Verkehrsstützpunkt in Chur. Und deshalb bitte ich Sie, wenn Sie hier, und das haben einige von Ihnen gemacht, der Polizei danken für ihre Arbeit und explizit auch gesagt haben, das sei quasi nicht ein Misstrauensvotum an die Polizeiarbeit, wenn Sie uns also mithelfen wollen und wirklich den Polizistinnen und Polizisten so gesehen etwas Gutes tun wollen, dann unterstützen Sie diese Vorlage. Weil es hilft uns, zeitgemäss aufgestellt zu sein, regional richtig postiert zu sein und nachher die guten Leute zu finden, um die nicht immer einfache Arbeit zu erfüllen.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Gibt es noch Wortmeldungen zum Eintreten? Grossrat Kunfermann.

Kunfermann: Regierungsrat Peyer hat mich angesprochen wegen den Fragen. Ich habe die Frage gestellt wegen der Personalverschiebung, aber leider konnte man mir an diesem Tag die Antwort nicht geben. Ich habe sie dann später erhalten. Also, ich konnte, ich durfte solidarisch mitabstimmen, dass es so eine schöne Form macht. Ich danke Ihnen.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Ich stelle fest, dass keine weiteren Wortmeldungen da sind. Doch, also eigentlich hätte ich jetzt gerne festgestellt, dass Eintreten nicht bestritten ist und somit beschlossen und hätte sie gerne in die Pause entlassen. Aber ich erteile Ihnen gerne das Wort, Grossrat Degiacomi.

Degiacomi: Also gehen wir doch in die Pause. Und ich kann nachher noch gehen sprechen.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Wir schalten jetzt eine Pause ein. Ich wäre froh, wenn Sie wirklich um 16.30 Uhr wieder hier wären, weil dann können wir über den Rückweisungsantrag, den Grossrat Koch gestellt hat, abstimmen.

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Pause

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Darf ich Sie bitten, in den Saal zu kommen, damit wir mit der Beratung fortfahren können? Ich möchte gerne die Sitzung um 17.00 Uhr schliessen. Besten Dank. Wir haben in der Eintrittsdebatte vernommen, dass Grossrat Koch das Geschäft an die Regierung zurückweisen möchte. Wir behandeln somit als nächstes diesen Rückweisungsantrag. Ich mache aber darauf aufmerksam, dass, sollte Rückweisung beschlossen werden, es wichtig ist, dass die Regierung auch weiss, was sie bei der Überarbeitung des Geschäftes konkret ändern sollte. Ich erteile demnach Grossrat Koch als Antragsteller das Wort zur Begründung seines Rückweisungsantrags.

Rückweisung

Koch: Vielen Dank für das Wort. Gerne gehe ich nochmals kurz auf die zwei Punkte ein und führe noch das Eine oder Andere nach den Stellungnahmen der Regierung aus. Regierungsrat Cavigelli, Sie haben es uns ausgeführt, und ich habe Ihren Ausführungen gut zugehört. Und ich muss schlussendlich doch sagen, das erinnert mich mehr an einen Bubentrick als an tatsächliche politische Arbeit. Denn wenn wir eben heute, zum Zeitpunkt jetzt, wissen, und das wissen wir, das ist nicht wie in Ihrem Beispiel, wo Sie sagen: «Wenn die Regierung entscheidet, sind es 900 000 Franken oder eine Million Franken.», Sie wissen es, Sie haben den Nachtrag auf dem Tisch für den Vertrag über 900 000 Franken und wissen, Sie werden die Million Franken überschreiten, und sagen in vollem Wissen von dem: «Ja, wir machen das in unserer Kompetenz.» Und hier würde mich dann doch noch die Meinung der GPK interessieren, denn da bin ich der Meinung, wenn wir das heute wissen, gibt es schon Fragen, die wir hier klären müssen. Und da glaube ich, und das, Frau Standespräsidentin, ist das erste Anliegen, müssen wir nochmals über die Finanzkompetenz sprechen und schauen, wer ist wirklich zuständig für das, und zwar mit der Basis, die wir heute vorliegen haben. Sie haben in Ihrem Beispiel von zehn Prozent Luft gesprochen. Wir sprechen hier von zwei Prozent Luft, und diese haben wir eben bereits, Stand heute, überschritten. Dann noch kurz zum Generalplaner. Ich glaube, Regierungsrat Cavigelli hat mit einem Satz eben genau das Problem ausgesprochen. Sie haben gesagt, der Unternehmer, der Generalplaner arbeitet mit denen, die er kennt und die seine Sprache sprechen. Und genau das ist das Problem, das ich sehe. Genau das, wenn wir hier von einem Unternehmer aus der Westschweiz sprechen, ist doch eben das Problem. Und das will ich nicht, und das will auch meine Fraktion eben nicht, wenn wir hier andere Möglichkeiten hätten. Und hier, vielleicht als Stichwort, gäbe es z. B. den Begriff nach SIA des Gesamtleiters, der dann eben nur die Koordination übernimmt, und Sie als Bauherr hätten die Möglichkeit, die Planungsaufträge einzeln zu vergeben. Und ich glaube, das sind die zwei Stosspunkte, wenn wir das Geschäft zurückweisen, die die Regierung wirklich nochmals unters Auge nehmen muss.

Ansonsten teile ich die Ausführungen von Regierungsrat Peyer. Sie wissen es, es ist nicht so lange her, da waren wir nicht gleicher Meinung zum Thema Strategie und Struktur. Aber ich bin froh, hat nach der Wasserkraft- und Energiedebatte anscheinend die Regierung doch unsere Haltung übernommen und folgt in Zukunft mit der Struktur eben der Strategie. Und das ist richtig, hier haben Sie richtig argumentiert. Ich meine, auf dieses Feld dürfen wir uns hier in der Baubotschaft nicht einlassen, wir müssen über die Kosten sprechen, und wir müssen über das Vertragswerk und die Rolle der Generalplaner sprechen. Das sind die zwei Punkte, die uns hier wirklich stören und auch zur Zurückweisung getrieben haben.

Antrag SVP (Koch)

Rückweisung der Botschaft an die Regierung zur Überarbeitung.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Ich erteile nun dem Kommissionspräsidenten das Wort, Grossrat Degiacomi.

Degiacomi: Sie haben die Voten von den verschiedenen Votanten gehört. In der Kommission ging es mir eigentlich zu Beginn der Arbeit ähnlich wahrscheinlich wie sehr vielen von Ihnen. Ich habe mich gefragt: Aha, Arbeitsplätze nach Chur, okay, das könnte zu reden geben. Und auf der anderen Seite so knapp unter zehn Millionen Franken, das ist vielleicht auch ein Punkt, der zu sprechen geben wird. Wenn wir den Voten aus allen Richtungen, aber vor allem auch der Regierung zugehört haben, dann sehen wir aber doch, es geht letztlich ja nicht um die Fragen der Strategie. Haben Sie zugehört, die Fragen, die jetzt von allen Seiten vor der Pause gestellt wurden, die kritischen Voten und jetzt die Begründungen des Rückweisungsantrages? Eben, es geht nicht wirklich um die Strategie. Ich habe niemanden gehört, der Ilanz in Frage gestellt hat, ich habe niemanden gehört, der San Bernardino in Frage gestellt hat, Davos oder Samedan. Es geht um einen Einsatzraum zwischen Fläsch und Viamala. Es geht nicht um die gesamte Strategie, sondern es geht um den Einsatzraum zwischen Fläsch und Viamala. Und in der Kommission, wir haben eben extra den Polizeikommandanten einbestellt, weil wir diese Fragen klären wollten, weil wir genau auch ein bisschen ein ungutes Gefühl bei der Sache hatten zu Beginn. Und letztlich, ich glaube in der Kommission ist wirklich die Erkenntnis gereift: Ist es richtig, wenn wir uns im Grossen Rat zur Frage äussern, ist es nun korrekt, ob es einen oder zwei Verkehrsstützpunkte in diesem Einsatzraum hat und wo der genau ist? Können Sie mit gutem Gewissen darüber befinden? Ich muss sagen, ich glaube, und die Kommission hat diesen Eindruck auch, dass es richtig ist, wenn die Regierung diese Entscheide fällt über diesen Einsatzraum und dass die Regierung am Schluss auch in der Verantwortung steht, dass die Sicherheit für die Bevölkerung gewährleistet ist. Also ich habe niemanden gehört, der die gesamte Strategie in Frage gestellt hat. Und letztlich geht es darum nicht um eine Strategiediskussion. Die Strategie, das haben wir gehört, wurde vielfach schon immer wieder dargelegt und wurde eigentlich umgesetzt. Also es geht um diesen Einsatzraum, und ich möchte Sie bitten, bei einer solchen Frage doch ein bisschen die Regeln von operativer und strategischer Zuständigkeit einzuhalten.

Der zweite Fragekomplex, der war eben genau auch einer der drei Punkte, den wir in der Kommission intensiv diskutiert hatten. Und ich kann Ihnen sagen, ich war froh, dass wir Ratskollege Kunz auch in der Vorberatungskommission hatten, weil ich weiss, dass er diese Dinge genau unter die Lupe nimmt, nämlich die Frage der Finanzkompetenzen. Und da, es ist knapp unter den zehn Millionen Franken, aber wir haben es halt doch mit einem Standardablauf zu tun. In anderen Bauvorhaben war es ähnlich, vielleicht nicht gerade so knapp, aber es ist so, dass die Vorgaben eingehalten sind. Und überlegen Sie sich, was passiert, wenn wir dieses Geschäft jetzt

zurückstellen, weil Sie da noch weitere Abklärungen machen wollen. Ja, eines ist ganz sicher: Sie werden mehr Steuergelder ausgeben. Es wird ganz sicher teurer. Ratskollege Koch hat das ja sehr schön ausgeführt. Es wird teurer werden. Es wird noch teurer werden. Also die Frage ist: Wollen Sie, dass es noch teurer wird mit der Begründung, wenn Sie es jetzt zurückstellen, um da noch formaljuristisch mehr Fragen zu klären? In der Kommission sind wir diesen Fragen auch nachgegangen. Es hätte ja vielleicht die Möglichkeit gegeben, dass wir das freiwillig dem obligatorischen Referendum unterstellen. Das wäre eine schlanke, elegante Möglichkeit gewesen, aber bei der letzten Verfassungsrevision, Patrick Barandun hat das für uns noch abgeklärt, bei der letzten Verfassungsrevision wurde diese Möglichkeit angenommen. Wir haben jetzt diese Möglichkeit nicht, d. h. wir müssen Verantwortung übernehmen. Wir müssen Verantwortung übernehmen für den Entscheid, den wir heute fällen möchten. Und ich glaube, in diesem Rat gibt es sehr viele, die dieses Projekt lieber zu einem günstigeren Preis haben, lieber für 9,999 Millionen Franken, als wenn wir es einfach formaljuristisch noch viel genauer abgeklärt haben und dann wird es am Schluss sehr klar über die zehn Millionen Franken gehen. Der Mechanismus ist jetzt so, dass, wenn wir das Geschäft beschliessen, die Regierung am Ball ist. Sie muss dann natürlich versuchen, zu optimieren. Sie haben das in den Beschlusspunkten, baulich, architektonisch, in verschiedenen Ebenen. Und von daher möchte ich da den Ball auch der Regierung überlassen.

Wir hatten in der Kommission genau die gleichen Diskussionen. Und wir hatten einen Vorschlag diskutiert, ob wir bei den Beschlüssen einen zusätzlichen Satz hinzufügen wollen, nämlich, dass der bewilligte Verpflichtungskredit auf keinen Fall überschritten werden darf. Das hat man schon einmal gemacht bei «sinergia». Ratskollege Claus kann sich sicher lebhaft daran erinnern. Wir haben diskutiert, ob wir das hier auch machen sollen. Wir haben das in dem Sinne nicht einfach durchgewunken. Und wir sind zum Schluss gekommen: Nein, das ist nicht nötig, weil der Verpflichtungskredit ist umrissen. Es gibt keine plus/minus 10 Prozent oder 25 Prozent oder irgendwas. Der Verpflichtungskredit ist klar. Und wenn die Teuerung nun eben zunimmt, ja, dann ist das so. Aber es ist auch da, wenn Sie die Botschaft gelesen haben, dann sehen Sie, es wird das, was genau im Baupreisindex, in dieser Indexierung enthalten ist, das wird dazugeschlagen. Aber alles andere, was nicht in dieser Indexierung enthalten ist, das darf nicht dazugeschlagen werden, also wenn es z. B. Versorgungsempässe wegen COVID-19 oder irgendetwas gibt. Solche Mehrkosten müssen ausgeschieden werden. Also ich kann aus Sicht der Kommission Ihre Bedenken, Ihre Fragen nachvollziehen. Wir hatten in der Kommission den Vorteil, dass wir uns die Strategie noch einmal, die Frage, die zum Bedarf geführt hat, dass wir uns die präsentieren lassen konnten. Wir konnten kritische Fragen stellen. Wir haben das auch kritisch diskutiert. Aber die Vorberatungskommission, das kann ich Ihnen versichern, hat im vollen Wissen darum, was sie entscheidet, dem Bedarf zugestimmt, und sie hat auch dem Vorgehen betreffend die Finanzkompetenzen zugestimmt. Deshalb

möchte ich Sie im Namen der Vorberatungskommission bitten, den Rückweisungsantrag zurückzuweisen, ihm nicht zuzustimmen. *Heiterkeit*.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Das Wort ist offen für weitere Mitglieder der Kommission. Wird allgemeine Diskussion gewünscht? Regierungsrat Cavigelli, wünschen Sie nochmals das Wort? Das ist auch nicht der Fall. Dann gebe ich am Schluss nochmals dem Antragsteller, Grossrat Koch, das Wort, bevor wir zur Abstimmung kommen und nachher Grossrat Degiacomi. Grossrat Koch, Sie haben das Wort.

Koch: Vielen Dank, Frau Standespräsidentin. Ich halte mich kurz, nach dem Votum von Kollege Patrik Degiacomi nur ein, zwei Punkte. Ich glaube, wir waren noch gnädig in unserer Ausgangslage, in der wir von drei Prozent ausgegangen sind. Wenn wir von Neubau im Hochbau in Holz sprechen, wären wir bei 4,6 Prozent. Also Sie sehen, wir können es darlegen, wie wir wollen: Wir sind zum heutigen Zeitpunkt über den zehn Millionen Franken. Das sind fixe Regeln, die wir uns gegeben haben. Und wir haben uns wahrscheinlich bei der Verfassungsrevision oder hat sich dieser Rat eben auch etwas überlegt, indem er das freiwillige Referendum nicht mehr wollte für die zehn Millionen Franken. Er wollte eine harte Grenze für diese zehn Millionen Franken, und wir übernehmen eben Verantwortung. Wenn ich mir Regeln auferlege und mir Grenzen gebe, und ich weiss zum Zeitpunkt des Entscheidens, ich gehe über diese Grenze, dann muss ich mich an die Regeln, die ich mir gegeben habe, nach meiner Meinung oder nach unserer Meinung auch halten. Und deshalb sind wir hier klar der Meinung, wir dürfen dieses Geschäft so nicht verabschieden, müssen es zurückweisen mit dem Risiko, dass, wenn wir ein halbes Jahr verlieren, es vielleicht teurer wird, vielleicht aber auch günstiger wird. Das wissen wir Stand heute alle nicht. Wir wissen aber mit Sicherheit, dass wir heute über den zehn Millionen Franken sind. Das kann keiner hier wegdiskutieren. Und darum sagen wir zum heutigen Zeitpunkt Nein und weisen die Botschaft zurück.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Grossrat Degiacomi, wünschen Sie nochmals das Wort?

Degiacomi: Ja, vielleicht nur ganz kurz. Das Prozedere ist eigentlich definiert. Wenn die nicht gedeckten Mehrausgaben einen Zusatzkredit erforderlich machen, dann regelt das das Finanzhaushaltsgesetz in Art. 17. Und je nachdem, wenn wir dahin kommen, dann kommen wir dann in einen Bereich, wo es unter Umständen ein obligatorisches Referendum gibt. Also ich glaube, aus Sicht der Kommission ist das geregelt, und ich möchte nichts mehr weiter dazu sagen.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer den Antrag von Grossrat Koch, das Geschäft an die Regierung zurückzuweisen, annehmen möchte, drücke bitte die Taste Plus. Wer das Geschäft behandeln und den Antrag auf Rückweisung ablehnen möchte, drücke bitte die Taste Minus, bei Enthaltungen die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Ich gebe Ihnen das Abstimmungsergebnis bekannt: Sie haben den Rückweisungsantrag mit 31 zu 74 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung
Der Grosse Rat lehnt den Rückweisungsantrag mit 74 zu 31 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Somit fahren wir mit der Detailberatung fort.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Somit fahren wir mit der Detailberatung fort.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Somit fahren wir mit der Detailberatung fort.

Detailberatung

Standespräsidentin Zanetti (Sent): In Absprache mit dem Kommissionspräsidenten beraten wir die Vorlage nach der Botschaft, und wir beginnen mit I. Das Wichtigste in Kürze. Herr Kommissionspräsident.

Degiacomi: Keine Bemerkungen.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungsrat? Dann kommen wir zu II. Ausgangslage und strategische Ziele. 1. Verkehrsstützpunkte der Kantonspolizei. Herr Kommissionspräsident.

Degiacomi: Wir haben das genug diskutiert jetzt.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungsrat? 2. Zusammenlegung der Verkehrsstützpunkte Chur und Thusis. Herr Kommissionspräsident. Sie haben keine Bemerkungen. Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungsrat? 3. Nachhaltigkeit als integraler Bestandteil. Herr Kommissionspräsident? Keine Bemerkungen. Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungsrat? III. Bedarf. 1. Bedarf der Kantonspolizei. Herr Kommissionspräsident.

Degiacomi: Ja, hier möchte ich darauf hinweisen, dass auch die Frage natürlich im Raum ist, was dann mit den frei werdenden Räumen an der Churer Ringstrasse beim Strassenverkehrsamt passiert. Diese werden für gestiegenen zusätzlichen Bedarf in den Funktionen der KAPO im Bereich Cybercrime, Forensik, Drohndienst und 3D-Scanning benötigt. Also die werden nicht einfach frei und stehen leer. Darüber hinaus haben wir uns auch mit der Frage des Polizeipostens in Thusis befasst. Dieser bleibt eben bestehen, das haben wir auch schon gehört, für die sicherheitspolizeilichen Aufgaben, und wir haben auch gehört, dass die Kantonspolizei nicht nur einspartig in dem Sinne unterwegs ist. Das ist alles.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungsrat? 2. Strategisch wichtiger Standort. Herr Kommissionspräsident? Sie haben keine Bemerkungen. Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussi-

on? Herr Regierungsrat? IV. Betriebliche Aspekte. 1. Idealer Standort. Herr Kommissionspräsident? Sie haben keine Bemerkungen. Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungsrat? 2. Raumprogramm und Betrieb. Herr Kommissionspräsident.

Degiacomì: Ja, da möchte ich vielleicht darauf hinweisen, dass das Raumprogramm die bekannten Bedürfnisse der Regionenpolizei der KAPO effizient gemäss kantonalen Raumstandards abdeckt. Um auf allfälligen künftigen Zusatzbedarf reagieren zu können, ist grundsätzlich die Erstellung eines zusätzlichen Gebäudes auf dem Areal möglich. Eine Aufstockung des Neubaus ist nicht möglich.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungsrat? Dann beraten wir V. Nachhaltigkeit - Green Deal. 1. Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Aktionsplan Green Deal. Herr Kommissionspräsident.

Degiacomì: Die nachhaltige Bauweise wurde von verschiedener Seite durchaus gelobt, und es gilt in dem Sinne als Vorzeigeprojekt des Green Deal. Es muss aber dazu gesagt werden, dass dieses Gebäude nicht aus Mitteln des Green Deal mitfinanziert wird. Es wird aber dennoch für die Bemühungen des Kantons Graubünden für eine klimafreundliche, CO₂-arme und nachhaltige Bauweise Leuchtturmcharakter erhalten.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungsrat? 2. Gesamtbetrachtung Nachhaltigkeit. Herr Kommissionspräsident? Sie haben keine Bemerkungen. Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungsrat? 3. Nachhaltiger Neubau. Auch hierzu wird das Wort nicht gewünscht. 4. Nett Null Gebäude. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungsrat? 5. Betrieb. Herr Kommissionspräsident? Sie wünschen auch hierzu keine Ausführungen zu machen. Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungsrat? VI. Projektierung. 1. Projektwettbewerb. Herr Kommissionspräsident.

Degiacomì: Im Februar 2021 wurde der Planungswettbewerb in Form eines einstufigen, offenen Projektwettbewerbsverfahrens ausgeschrieben. Das Verfahren wurde anonym durchgeführt, und das erklärt sicherlich auch, warum es in die Westschweiz ging. 13 Generalplanerteams haben bis zum Eingabetermin ihre Dossiers eingereicht. Ein Team aus Delémont ging als Sieger aus dem Wettbewerb hervor.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungsrat? 2. Neubauprojekt «FAR». Herr Kommissionspräsident.

Degiacomì: Das rätoromanische «FAR» bedeutet Leuchtturm. Der architektonische Entwurf zeichnet sich

durch Sparsamkeit und Einfachheit sowie helle Räume aus, welche eine angenehme Arbeitsatmosphäre herstellen.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungsrat? 3. Funktionalität. Herr Kommissionspräsident? Sie wünschen nicht das Wort. Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungsrat? 4. Photovoltaik Fassade/Dach. Herr Kommissionspräsident? Das Wort wird nicht gewünscht. Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungsrat? 5. Umgebungsgestaltung. Herr Kommissionspräsident? Hierzu wird das Wort ebenfalls nicht gewünscht. Ich sehe auch keine weiteren Wortmeldungen. Herr Regierungsrat? 6. Termine. Herr Kommissionspräsident? Auch dazu sind keine weiteren Ausführungen vorgesehen. Ich sehe auch hier keine weiteren Wortmeldungen. Herr Regierungsrat? VII. Kostenberechnung und Finanzierung. 1. Finanzplan. Herr Kommissionspräsident.

Degiacomì: Im Finanzplan 2022-2024 des Kantons ist der Neubau unter der Rubrik 6101 Hochbauamt, Einzelkredit, Investitionsrechnung, Konto 504314, Verkehrsstützpunkt KAPO, Neubau VSB KAPO Chur mit brutto 9,8 Millionen Franken berücksichtigt. Die jetzige Vorlage bewegt sich genau auf dieser Vorgabe.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungsrat? 2. Investitionskosten. Herr Kommissionspräsident.

Degiacomì: Die Zusammenstellung der Anlagekosten finden Sie auf Seite 773 der Botschaft. Ich verzichte darauf, sie vorzulesen. Der Löwenanteil entfällt mit 7,39 Millionen auf das Gebäude. Das Gebäude befindet sich aktuell im Finanzvermögen des Kantons und muss ins Verwaltungsvermögen umgruppiert werden. Dies ist in den Investitionskosten enthalten.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungsrat? 3. Lebenszykluskosten. Herr Kommissionspräsident? Sie wünschen hierzu keine Ausführungen zu machen. Ich sehe auch keine weiteren Wortmeldungen. Herr Regierungsrat? 4. Betriebs- und Nutzungskosten. Wird zu diesem Punkt das Wort gewünscht? Ich sehe keine Wortmeldungen. Herr Regierungsrat? Dann kommen wir zu 5. Finanzierung. Herr Kommissionspräsident? Auch hierzu sehe ich keine Wortmeldungen. Dann kommen wir zu VIII. Finanzkompetenzen und Kreditbereitstellung. 1. Zuständigkeit. Herr Kommissionspräsident.

Degiacomì: Ich habe hier und in den nächsten Ziffern eigentlich Ausführungen geplant gehabt. Aber wir haben das eigentlich sinngemäss beim Rückweisungsantrag diskutiert. Daher verzichte ich darauf.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion zu VIII? Herr Regierungsrat? Wir haben demnach die Botschaft zum Neubau Verkehrsstützpunkt der Kantonspolizei Chur durchberaten. Ich frage Sie nun an, möchte jemand auf einen Punkt zurückkommen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Wünscht jemand eine zweite Lesung? Das ist ebenfalls nicht der Fall. Ich würde gerne noch die Abstimmung gemäss den Anträgen auf Seite 779 durchführen. Gestützt auf die vorangehenden Ausführungen beantragt die Regierung auf die Vorlage einzutreten und folgende Beschlüsse zu fassen. Ich stelle nochmals fest, Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Erstens: Das Projekt «Neubau Verkehrsstützpunkt der Kantonspolizei, Chur» wird genehmigt. Wer das Projekt «Neubau Verkehrsstützpunkt der Kantonspolizei, Chur» genehmigen möchte, drücke bitte die Taste Plus. Wer das Projekt «Neubau Verkehrsstützpunkt der Kantonspolizei, Chur» nicht genehmigen möchte, drücke bitte die Taste Minus, bei Enthaltungen Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Ich gebe Ihnen das Abstimmungsergebnis bekannt: Sie haben dem Projekt mit 88 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen zugestimmt.

Wir kommen zum zweiten Antrag. Da bitte ich Sie zu beachten, dass wir hier einen Antrag von Kommission und Regierung haben, einen, der nicht mit der Botschaft übereinstimmt. Ich frage Sie an, möchte jemand über den Antrag gemäss Botschaft abstimmen? Das ist nicht der Fall. Somit stelle ich zur Abstimmung. Ich lese Ihnen den Antrag von Kommission und Regierung vor: Für die Ausführung des Projekts «Neubau Verkehrsstützpunkt der Kantonspolizei, Chur» auf Parzelle Nr. 5300 wird ein Verpflichtungskredit von brutto 9,8 Millionen Franken, Kostenstand April 2021, gewährt. Der Verpflichtungskredit erhöht oder vermindert sich auf der Basis der Bruttokosten im Ausmass des Schweizerischen Baupreisindex für Hochbauten ganze Schweiz. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, drücke bitte die Taste Plus. Wer diesem Antrag nicht zustimmen möchte die Taste Minus, bei Enthaltungen Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Ich gebe Ihnen auch hier das Abstimmungsergebnis bekannt: Sie haben diesem zweiten Antrag mit 92 Ja-Stimmen zu 15 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Wir kommen zum dritten Antrag: Die Regierung wird ermächtigt, bauliche Änderungen im bewilligten Kreditrahmen vorzunehmen, wenn sich diese aus betrieblichen, organisatorischen, architektonischen oder wirtschaftlichen Gründen aufdrängen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, drücke bitte die Taste Plus. Wer diesem Antrag nicht zustimmen möchte die Taste Minus, bei Enthaltungen Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben diesem dritten Antrag mit 105 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Wir kommen zum vierten Antrag: Der Beschluss gemäss Ziffer 2 untersteht gestützt auf Artikel 17 Abs. 1 Ziffer 3 der Verfassung des Kantons Graubünden dem fakultativen Finanzreferendum. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, drücke bitte die Taste Plus. Wer diesem Antrag nicht zustimmen möchte die Taste Minus, bei Enthaltungen Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben diesem

vierten Antrag mit 106 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Fünftens: Die Regierung vollzieht diese Beschlüsse. Auch hier stimmen wir darüber ab. Wer diesem fünften Antrag zustimmen möchte, drücke bitte die Taste Plus. Wer diesem Antrag nicht zustimmen möchte die Taste Minus, bei Enthaltungen bitte die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Auch hier gebe ich Ihnen das Abstimmungsergebnis bekannt: Sie haben diesem fünften Antrag mit 107 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt. Ich möchte gerne am Schluss dem Kommissionspräsidenten das Wort erteilen. Grossrat Degiacomi, Sie haben das Wort.

Schlussabstimmung

Der Grosse Rat

1. genehmigt das Projekt «Neubau Verkehrsstützpunkt der Kantonspolizei, Chur» mit 88 zu 17 Stimmen bei 3 Enthaltungen.
2. gewährt mit 92 zu 15 Stimmen bei 1 Enthaltung für die Ausführung des Projekts «Neubau Verkehrsstützpunkt der Kantonspolizei, Chur» (auf Parzelle Nr. 5300) einen Verpflichtungskredit von brutto 9,8 Millionen Franken (Kostenstand April 2021). Der Verpflichtungskredit erhöht oder vermindert sich auf der Basis der Bruttokosten im Ausmass des Schweizerischen Baupreisindex für Hochbauten, ganze Schweiz.
3. ermächtigt die Regierung mit 105 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung, bauliche Änderungen im bewilligten Kreditrahmen vorzunehmen, wenn sich dies aus betrieblichen, organisatorischen, architektonischen oder wirtschaftlichen Gründen aufdrängt.
4. stimmt mit 106 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung zu, dass der Beschluss gemäss Ziffer 2 gestützt auf Art. 17 Abs. 1 Ziff. 3 der Verfassung des Kantons Graubünden dem fakultativen Finanzreferendum untersteht.
5. betraut mit 107 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung die Regierung mit dem Vollzug dieser Beschlüsse.

Degiacomi: Ich möchte mich auch noch am Schluss bei der Kommission für die kritische Auseinandersetzung mit der Vorlage, aber die sehr angenehme Arbeitsatmosphäre bedanken. Mein Dank gilt auch Regierungsrat Mario Cavigelli und seinem Team für die Einführung und Begleitung der Vorberatungskommission. Im speziellen geht der Dank an Christian Tannò, Generalsekretär des DIEM, Markus Dünner, Kantonsbaumeister, Orlando Nigg, Leiter Projekte und auch vom DJSG Walter Schlegel, dem Polizeikommandanten. Natürlich danke ich auch im Namen der Kommission dem Team des Ratssekretariats und vor allem Patrick Barandun für die reibungslose Organisation und Protokollierung unserer Arbeit.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Besten Dank. Damit schliesse ich die Sitzung für heute. Die Busse stehen bereit. 17.15 Uhr ist Abfahrt, und ich freue mich auf einen interessanten Arbeitsbesuch am Plantahof und auf eine Weiterführung der Debatte morgen um 8.15 Uhr.

Schluss der Sitzung: 17.10 Uhr

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Die Landespräsidentin: Aita Zanetti

Der Protokollführer: Patrick Barandun

Es ist folgender Vorstoss eingegangen:

- Dringliche Anfrage Horrer betreffend Umsetzung der Sanktionen gegen Russland